Delegation revolutionärer Arbeiter aus der Bundesrepublik besuchte am 1. Mai die VR Albanien Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 29. Mai 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Parteitag der SED-Revisionisten

Nieder mit den Verrätern am Sozialismus!

An Versprechungen für die Werktätigen fehlte es nicht: schrittweise Verwirklichung der 40-Stundenwoche, Verlängerung des Erholungsurlaubes, Erhöhung der Mindestrenten usw. Das sind einige der Losungen, mit denen die SED-Führung versucht hat, die Werktätigen der DDR für den inzwischen abgeschlossenen Parteitag der SED zu begeistern. Aber die Erfüllung dieser gerechten Forderungen der Werktätigen der DDR wird auf sich warten lassen. Der IX. Parteitag der SED wird den Werktätigen, wenn ihr entschlossener Kampf diese Pläne der SED-Revisionisten nicht durchkreuzt, vor allem eines bringen: Intensivierung der Produktion, Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Hinter diesen Schlagworten der SED-Bonzen verbirgt sich, daß die Werktätigen der DDR noch mehr und noch schneller für den Profit der neuen Kapitalistenklasse der DDR und ihrer Moskauer Oberherren schuften sollen.

Wie diese Rationalisierung vor sich geht, erläuterte beispielsweise Willi Petsch, Parteisekretär der Elektro-Apparate-Werke Treptow, auf dem SED-Parteitag: „Am Vorabend des IX. Parteitages gelang es, bei den ersten Maschinengruppen zur Mehrmaschinenbedienung und Teilmechanisierung überzugehen. Jetzt wird die Arbeit leichter, interessanter und anspruchsvoller, die jungen Arbeiter haben sich zu Selbsteinrichtern qualifiziert, der Leistungslohn wird erhöht, die Hälfte der Arbeitsplätze eingespart und die Arbeitsproduktivität wesentlich erhöht.

Natürlich ist jedem der daran Beteiligten klar geworden, daß diese Anlagen im Dreischichtensystem ausgelastet werden müssen. Das Kollektiv der Automatendreherei, unter beispielgebendem Auftreten der Genossen der Parteigruppe, ging in Vorbereitung des IX. Parteitages von der Fünf- zur Sechs-Maschinen-Bedienung über, erreichte eine 20-prozentige Arbeitsproduktivitätssteigerung bei Erhöhung der Durchschnittslöhne."

Herrn Petsch fällt es natürlich sehr leicht zu erklären, daß verschärfte Arbeitshetze die Arbeit „leichter, interessanter und anspruchsvoller" macht. Als hauptberuflicher SED-Bonze und Angehöriger der neuen Bourgeoisie ist er von der gesteigerten Ausbeutung nicht betroffen, sondern gehört zu ihren schmarotzenden Nutznießern. In dem auf dem SED-Parteitag beschlossenen neuen 5-Jahresplan ist eine Erhöhung der Produktion für die 5 Jahre um 30% veranschlagt. 80-90% dieser Produktionssteigerung sollen durch verschärfte Arbeitshetze und Antreiberei auf den Knochen der Arbeiter erreicht werden.

Der Köder, mit dem diese verschärfte Ausbeutung durchgesetzt werden soll, sind die von den SED-Revisionisten immer wieder angeführten Lohnerhöhungen. Auch auf dem Parteitag wurde die „leistungsorientierte Lohnpolitik" der SED über den grünen Klee gelobt. **Dabei ist gerade diese Lohnpolitik ein klarer Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalismus in der DDR wieder vollständig restauriert worden ist und daß die Arbeiter der DDR heute ebenso wieder Lohnsklaven wie ihre Klassenbrüder in Westdeutschland sind.** Die SED-Bonzen unternahmen auf dem Parteitag gar nicht erst den Versuch, zu behaupten, daß die Arbeiter die geforderte Mehrarbeit freiwillig verrichteten. Sie müssen vielmehr zugeben, daß die Mehrarbeit von den Arbeitern mit den Löhnen als Druckmittel erpreßt wird. So wie der Arbeiter in Dortmund darauf angewiesen ist, Überstunden und Sonderschichten zu machen, um mit seinem Lohn einigermaßen über die Runden zu kommen, so ist auch sein Kollege in Leipzig darauf angewiesen, an den sogenannten „Initiativen" teilzunehmen, die erhöhten Normen zu erfüllen, um auf seinen Lohn zu kommen. Dabei steigt der Anteil der Prämien am Jahreslohn. Ähnlich dem Akkordlohn im Westen sind die Prämien in der DDR ein lohnpolitisches Instrument der neuen Bourgeoisie, um die Arbeiter unter Androhung von Lohnabzug zu höchster Arbeitsleistung zu zwingen. Die Jahresprämie macht in der DDR im Schnitt schon mehr als einen Monatslohn, also annähernd 10% des Lohnes aus.

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 1



Kabinettsbeschluß bekräftigt Gesinnungsschnüffelei

Weg mit den Berufsverboten!

Nicht nur in der Bundesrepublik, auch im Ausland wächst die Empörung gegenüber den Berufsverboten in der Bundesrepublik. Das Wort „Berufsverbot" ist im Ausland geradezu zu einem Begriff geworden, der für viele Menschen das Ausmaß des Gesinnungsterrors in unserem Land symbolisiert. Sogar der französische Sozialistenführer Mitterand griff die Bundesregierung vor kurzem wegen der Berufsverbote an. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Proteste ist so kurz und bündig wie unverfroren: Es gibt keine Berufsverbote. Als „Beweis" dafür wird jetzt auf den neuen Beschluß des Bundeskabinetts über die „Grundsätze der Verfassungstreue von Bewerbern des öffentlichen Dienstes" verwiesen. Angeblich ist damit jetzt der sogenannte Radikalenerlaß aus der Welt geschafft.

Davon kann allerdings in Wirklichkeit keine Rede sein. Und das gibt die Bundesregierung auch selbst zu, wenn sie erklärt, mit diesem Kabinettsbeschluß solle die bisherige Praxis in SPD/FDP-regierten Ländern Richtlinie für alle Länder werden. Denn niemand kann behaupten, daß es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg oder Bremen keine Berufsverbote gegeben habe. Es gab

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Lehre des Kampfes der Druckereiarbeiter

Den Aufbau der RGO vorantreiben!

Die kapitalistischen Massenmedien, die Zeitungen, das Fernsehen und der Rundfunk, aber auch die Gewerkschaftsführung versuchen krampfhaft das Ergebnis der Urabstimmung als Zustimmung der Druckereiarbeiter zu dem 6%-Lohnraubabschluß, als Zustimmung zum Abbruch des Streiks durch die Gewerkschaftsführung hinzustellen. Aber wenn man die Sache einmal vom Standpunkt der Arbeiter aus unter die Lupe nimmt, kommt man zu völlig andern Schlußfolgerungen. Die Berichte aus den Druckereibetrieben über die Lage nach Abbruch des Streiks, über die Stimmung unter den Druckereiarbeitern widerlegen die Lügenpropaganda der bürgerlichen „Meinungsmacher". Als z. B. am Freitag letzter Woche (21. 5.) bei den Bremer Nachrichten auf der Nachtschicht bekannt gemacht wurde, daß der Kapitalist die Arbeiter dort um die 6% zu betrügen beabsichtigte, indem er die Tariferhöhung auf die übertariflichen Zulagen anrechnen wollte, legten die Kollegen sofort, spontan und geschlossen die Arbeit nieder. Sie warteten nicht erst, ob ihnen die Gewerkschaftsbonzen vielleicht eine Genehmigung erteilen würden. Der Kapitalist reagierte auf diese gerechte und mutige Kampfmaßnahme skrupellos und brutal mit der Aussperrung der Arbeiter. Ein Ende des Kampfes war bei Redaktionsschluß noch nicht abzusehen.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3



Polizeieinsatz gegen Streikposten vor dem Mercator-Druckhaus in Westberlin.

AUS DEM INHALT

Weg mit den Berufsverboten 2
„Geht Kissinger ins Showgeschäft?" . 2
Ungarn: Neues Wehrgesetz 3
Lehre des Kampfs der Druckereiarbeiter 4
Anker-Bielefeld: „Das Maß ist voll" . 5
Gefährliche Medikamente – häufigste Krankheitsursache 6
Datenschutzgesetz 7
Warum ich aus der GRF ausgetreten bin 8
Rektoratsübergabe gesprengt Universität Dortmund 8
Delegation revolutionärer Arbeiter in Albanien 9
Moderne Revisionisten in Europa – im Bund mit Bourgeoisie und US-Imperialismus 10
Westdeutsche und US-Truppen – Feinde der Völker Europas 10
Palästina: Empörung der Massen über Morde der Zionisten 11
Nordirland: Bomben gegen britische Besatzer 11

Gesinnungsschnüffelei Kabinettsbeschluß bekräftigt

Weg mit den Berufsverboten!

Fortsetzung von Seite 1

sie und es wird sie auch weiter geben.

Wenn also nach wie vor Kommunisten nicht Lehrer, Sozialarbeiter usw. werden sollen, warum dann der neue Kabinettsbeschluß? Warum dann der Streit zwischen SPD und FDP auf der einen, der CDU/CSU auf der anderen Seite? Der Streit zwischen den Parteien geht keineswegs darum, daß die einen mehr Freiheit, die anderen weniger Freiheit für den „Bürger" wollen. Schließlich war es nicht ein CDU-regiertes Land, das zuerst den „Radikalenerlaß" praktizierte, sondern das SPD-regierte Hamburg. Der Streit geht vielmehr darum, daß die CDU/CSU ausdrücklich festgestellt haben will, daß Mitglieder sogenannter „verfassungsfeindlicher Parteien" in der Regel nicht in den Staatsdienst gehören. Wobei die CDU/CSU besonders betont, daß zu diesen „verfassungsfeindlichen Parteien" auch die D„K"P gehört. (Was nicht heißt, daß sie unsere Partei, die KPD/ML, etwa weniger bekämpfen will als die SPD/FDP.) Die Bundesregierung will dagegen die Mitgliedschaft in einer solchen Partei nur dann als Ablehnungsgrund für einen zukünftigen Lehrer usw. gelten lassen, wenn weitere „gerichtsverwertbare" Tatsachen über die „Verfassungsfeindlichkeit" des Bewerbers hinzukommen. Eine entsprechende Regelung wurde zunächst auch im Bundestag als Gesetz verabschiedet. Weil dieses Gesetz aber im Bundesrat von den CDU-regierten Ländern abgelehnt wurde, faßt das Kabinett jetzt diesen Beschluß.

Warum will die Bundesregierung die bloße Mitgliedschaft in einer sogenannten „verfassungsfeindlichen Partei" nicht in ihren Richtlinien über die Ablehnung von Bewerbern im öffentlichen Dienst als Ablehnungsgrund aufgeführt haben?

Zunächst einmal, um den demokratischen Schein zu wahren. Wer Richtlinien erläßt, nach denen Mitglieder bestimmter Parteien nicht Lehrer usw. werden dürfen, der kann natürlich schlecht behaupten, daß die politische Gesinnung nicht verfolgt werde. Zumal keine dieser hier als verfassungsfeindlich geltenden Parteien und Organisationen ja verboten ist.

Zum anderen erlaubt diese, von der Bundesregierung bevorzugte „individuelle Lösung" zwischen Mitgliedern der D„K"P und Mitgliedern der KPD/ML, der GRF, des KBW zu unterscheiden. Und das tut die SPD sehr wohl. So erklärte etwa der Justizminister von Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr: „Es ist doch ganz selbstverständlich, daß ich einem Mitglied der KPD (neu) vorhalten kann, daß in dem Parteiprogramm dieser Partei nicht nur ein Bekenntnis zur sogenannten Diktatur des Proletariats steht, sondern sich auch der Satz befindet: ‚Die Proletarische Diktatur zerschlägt die alte Beamtenschaft, löst die bürgerlichen Gerichte auf, verjagt das bürgerliche Parlament, unterbindet jede Form bürgerlicher Propaganda.' Es ist doch selbstverständlich, daß ein Bewerber, der dieser neuen KPD angehört, unmöglich in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden kann."

Wenn Posser hier von der „Mitgliedschaft" in einer Partei spricht, die für den Sturz dieses imperialistischen Staates eintritt, dann ist das nicht wörtlich zu nehmen. Denn die Bourgeoisie weiß natürlich, daß im Unterschied zur D„K"P unsere Partei grundsätzlich illegal aufgebaut ist. Relativ wenige Genossen unserer Partei treten offen als Mitglieder auf. Wir denken schließlich nicht daran, der Bourgeoisie ins offene Messer zu laufen. Die als so „liberal" gepriesene „individuelle Lösung" schafft auch hier Abhilfe. Denn verschiedene Verhöre von Lehramtsanwärtern haben gezeigt, daß es durchaus nicht reicht, um seine „Verfassungstreue" zu beweisen, wenn man erklärt, man sei nicht Mitglied in der KPD/ML. Die Schulbehörden verlangen eine detaillierte Distanzierung in allen wesentlichen Einzelpunkten von der Linie der Partei. Das heißt, gerade die „individuelle Lösung" der Bundesregierung unterzieht die Gesinnung der Lehramtsanwärter einem Verhör, erlaubt die Ablehnung nicht nur von denjenigen, deren Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei bekannt ist, sondern auch von denjenigen, die nur in wichtigen Einzelfragen mit der Politik der Partei übereinstimmen. Sie ist deshalb nichts anderes als Gesinnungsterror.

Da sich insbesondere gegen diesen Gesinnungsterror, wie er in den Verhören einzelner Lehrer durch die Schulbehörde, gestützt auf Material des Verfassungsschutzes, klar wird, die Empörung der Bevölkerung richtet, hebt die Bundesregierung in ihrem Kabinettsbeschluß verschiedene Verfahrensweisen hervor, die den Eindruck eines Polizeistaates verwischen und „Gerechtigkeit" vortäuschen sollen. Vor allem wird hervorgehoben, daß nur sogenannte „gerichtsverwertbare Tatsachen" gegen den Bewerber für den öffentlichen Dienst ins Feld geführt werden dürfen. Diese Demagogie kann allerdings nur verfangen, wenn man nicht weiß, welches Ausmaß die Verfolgung von Kommunisten und Revolutionären in der Bundesrepublik hat. Allein im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm wurden im Jahre 1975 über 2 500 politische Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es reicht heute, von einem Gericht als „Verbrecher" verurteilt zu werden, wenn man kommunistische Flugblätter verteilt, in denen von „Ausbeuterstaat", von „Polizeiterror" usw. die Rede ist. Es reicht, an einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen, Mietwucher, Schulmisere usw. teilzunehmen, bei der es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei kommt. Diese Tatsachen zeigen, daß die Beschränkung auf „gerichtsverwertbare" Tatsachen keineswegs den Gesinnungsterror einschränkt. Sie trägt lediglich der Tatsache Rechnung, daß die für die Bourgeoisie „gefährlichen" Kommunisten eben die sind, die nicht nur in ihren Gedanken, sondern auch in ihren Taten revolutionär sind; sie trägt der Tatsache Rechnung, daß der Terror von Justiz und Polizei gegen Kommunisten und Revolutionäre bereits solche Ausmaße angenommen hat, daß die staatlichen Behörden bei der Ablehnung von Kommunisten und Revolutionären keinen Mangel an „gerichtsverwertbaren" Tatsachen haben.

Wenn bei dem jetzt verabschiedeten Kabinettsbeschluß die Fahne der Demokratie geschwungen wird, dann ist das also nichts als Demagogie. Deshalb wird auch die Hoffnung, die die Bundesregierung an diesen Beschluß geknüpft hat, er solle den Kampf gegen die Berufsverbote beenden, vergeblich sein. Denn für Eltern, Kinder und Lehrer zählen nicht die verlogenen Behauptungen von Ministern, sondern die Tatsache, daß auch weiterhin ausgerechnet die Lehrer, die sich für die Interessen der Mehrheit der Schüler, der Mehrheit der Bevölkerung – für die Arbeiterklasse – einsetzen, auf die Straße fliegen.

US-Außenminister abgehalftert

"Geht Kissinger ins Showgeschäft?"

„Kissinger – eine Belastung bei den Wahlen für Ford". „Ein Klotz am Bein des Präsidenten." Solche Töne sind in den letzten Wochen immer häufiger aus Washington zu hören. „BILD" fragte bereits: „Geht Kissinger ins Showgeschäft?" Sicher, wo Westernhelden als Präsidenten kandidieren, warum sollte da nicht ein Außenminister ins Showgeschäft gehen. Wie auch immer: Als Außenminister ist Kissinger so gut wie „weg vom Fenster."

Keine zwei Jahre ist es her, da hieß es stets „Super-Henry" oder auch anhimmelnd „Kiss-kiss". Da wurden dem hemdsärmeligen Harvard-Professor „außerordentliche politische Fähigkeiten" bescheinigt. Da war er der Stolz der westlichen Imperialisten.

Kissinger – das hieß soviel wie Reisender in Sachen USA-Imperialismus. Seine Person stand für den „Weltpolizisten USA", der überall, wo die Völker sich erhoben und die Herrschaft des US-Imperialismus ins Wanken geriet, auftauchte, um zu retten, was noch zu retten war. Indochina, Naher Osten, Zypern, Lateinamerika, Afrika – seine Marathon-Reisen wurden immer länger. Zuletzt reiste er geradewegs, als gelte es für den US-Imperialismus die Zeit einzuholen. Doch den US-Imperialisten und ihrem Weltreisenden gelang es weder die Zeit einzuholen, noch das Rad der Geschichte aufzuhalten. Überall in der Welt, wo die Völker sich erhoben, erhielt der US-Imperialismus immer schwerere Schläge, die ihn in seinen Grundfesten erschüttern ließen. Und was Bomben und Völkermord der US-Imperialisten nicht vermochten, das schaffte auch ein Kissinger mit seinen Reisen nicht: Die Völker Indochinas kämpften beharrlich bis zum endgültigen Sieg über den US-Imperialismus, im Nahen Osten haben die arabischen Völker die Fahne ihres Kampfes noch entschlossener erhoben, in Afrika, Lateinamerika – überall in der Welt hat der Kampf der Völker gegen den US-Imperialismus einen Aufschwung genommen. Kissingers Scheitern, seine „Amtsmüdigkeit", wie er es nennt, ist Ausdruck davon, daß die USA als imperialistische Weltmacht Nr. 1 ihren Zenit bereits überschritten hat, daß dieser blutrünstige Imperialismus sich unter den gewaltigen Schlägen der Völker im Niedergang befindet.

Kissinger – dieser Name stand zugleich für die unzähligen Konferenzen und Gipfel mit der anderen imperialistischen Supermacht, der Sowjetunion, stand für die Zusammenarbeit mit ihr und für das ganze Theater um die angebliche „Entspannung" zwischen den beiden imperialistischen Blöcken. Doch das Auftreten der aufstrebenden sowjetischen Supermacht, die immer offener von dem geschwächten US-Imperialismus den Platz der Weltmacht Nr. 1 fordert, das immer heftigere Ringen zwischen den beiden Supermächten um die Vorherrschaft in der Welt hat die „Entspannungsschau" immer mehr Lügen gestraft. Die Kriegsvorbereitungen beider Supermächte laufen für alle Welt sichtbar auf Hochtouren. Und der geschwächte USA-Imperialismus hat bereits, wie das Ringen beider Supermächte um Angola zeigt, an Boden verloren. Angesichts dessen ist in der Politik des US-Imperialismus für Kissingers „Entspannungs-Image" immer weniger Platz. Ja, es werden ihm sogar von anderen Vertretern des US-Imperialismus offen die Leviten gelesen.

Der US-Imperialismus befindet sich auf dem absteigenden Ast, da gibt es keinen Zweifel. Und es entspricht eben der Auffassung der Imperialisten, die in der politischen Tätigkeit einiger Männer die hauptsächliche und schier einzige Triebkraft der historischen Entwicklung sehen, daß sie den Namen Kissinger mit diesem Abstieg verbinden und diesen Mann heute abhalftern. Die US-Imperialisten werden neue Leute rühmen, wie einst ihren Kissinger – und sie werden zwangsläufig ebenso scheitern wie er. Sie werden scheitern, wie alle Vertreter des Imperialismus. Denn nicht sie – ob sie nun Johnson, Nixon, Ford oder Kissinger heißen oder aber auch Breschnew – sind es, die die Geschichte machen, sondern die Völker der Welt, die Millionenmassen, die sich immer stärker gegen den Imperialismus erheben, um ihn schließlich hinwegzufegen. Das ist ein Gesetz der Geschichte, das kein Imperialist aus der Welt zu schaffen vermag.

Solidarität mit dem ROTEN MORGEN

Auf der Festveranstaltung zum „Tag des Bauern" des Afghanischen Studentenvereins in Hamburg verabschiedeten die über 250 Teilnehmer eine Protestresolution, in der es heißt: „Mit Empörung haben wir von dem Terrorurteil erfahren, das am Donnerstag gegen den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, verhängt wurde. Ein Jahr, bzw. vier Monate Gefängnis wurden gegen die Genossen ausgesprochen, weil der ROTE MORGEN die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats propagiert. Wir werten dieses Urteil als Angriff auf die antiimperialistische Tätigkeit nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen revolutionären Organisationen in diesem Land. Wir verurteilen diesen Angriff in aller Schärfe und fordern: Freiheit für die kommunistische und revolutionäre Agitation und Propaganda!"

Der „Initiativausschuß gegen das Berufsverbot von Christian Sigrist" in Münster unterschrieb ebenfalls die Protestresolution gegen den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN. Diese Protestresolution verabschiedeten auch 60 Studenten des „Seminar Henningsen" der Universität Münster. Weitere Solidaritätsadressen gingen ein: von den Teilnehmern des Stammtisches der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS in Hamburg und von Dr. Reinhard Lettau, Literaturprofessor an der University of California. Bei Besuchen des KSB/ML Gießen in einem Studentenwohnheim unterschrieben fünf von 16 Studenten die Protestresolution. In Aachen will eine Klasse der Berufsschule im Unterricht über den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN diskutieren.

Auch verschiedene marxistisch-leninistische Zeitungen des Auslandes berichteten über den Prozeß gegen den ROTEN MORGEN: „L'Humanité rouge", die Zeitung der Kommunisten Marxisten-Leninisten Frankreichs, veröffentlichte die Presseerklärung unserer Partei. Über den Prozeß berichteten auch „Bandeira Vermelha", Zentralorgan der wiederaufgebauten Kommunistischen Partei Portugals, PCP (R) und „Klassekampen", Zentralorgan der Norwegischen Kommunistischen Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten, AKP/ML.

Kurz berichtet



HAMBURG

Noch rechtzeitig zum Roten 1. Mai wurde in Hamburg den Kollegen bei Phoenix die neue Betriebszeitung „Der Rote Fuchs" vorgestellt. Die Betriebszeitung erschien mit einem Aufruf zur Teilnahme an Roten 1. Mai.



REUTLINGEN

In Reutlingen ist eine neue Stadtteilzeitung der KPD/ML für die Stadtteile Storlach und Vollerbrunnen erschienen. In der ersten Ausgabe der Stadtteilzeitung wird neben kleineren Berichten, vor allem unter der Frage „Was wollen wir Kommunisten eigentlich?", auf die Ziele der KPD/ML eingegangen.

BERGSTRASSE

Ende April führte die ROTE GARDE Bergstraße ihre Gründungsveranstaltung durch. Genossen berichteten dem ROTEN MORGEN darüber: „Zur Veranstaltung, die wir mit Flugblatt-Aktionen, Plakaten und Zeitungsinseraten angekündigt hatten, waren trotz eines zugleich im Fernsehen laufenden Fußball-Länderspiels ungefähr 60 Freunde und Genossen erschienen. Dies zeigt das große Interesse der Jugend, sich über den Kommunismus näher zu informieren." „Eine andere Art von Interesse für uns zeigten vorher schon andere, wie die Hessische Elektrizitäts AG, die Commerzbank, der Magistrat der Stadt Heppenheim usw. Sie hatten durch Anrufe bei der Gastwirtschaft, wo die Veranstaltung stattfinden sollte, versucht, uns den Raum zu nehmen. Doch die Veranstaltung fand trotzdem statt. Zu Beginn ging ein Genosse auf die Tatsache ein, daß es an der Bergstraße schon einmal eine ROTE GARDE gegeben habe, die aber durch Manöver von Opportunisten von der Partei getrennt wurde und an der falschen opportunistischen Linie zugrunde ging. Im Anschluß hielt ein Genosse ein Referat über die Lage der Jugend im Kapitalismus sowie über die Aufgaben der ROTEN GARDE. Anschließend wurden Grußadressen verlesen, unter anderem auch die Glückwünsche des Landesverbandes der KPD/ML, der der ROTEN GARDE Bergstraße als Geschenk ein Bild des Genossen Thälmann überreichte."

BERICHTIGUNG

Im RM 20/76 hieß es in dem Artikel zum Tode von Ulrike Meinhof „Damals sollte eine Szintigraphie (eine Untersuchung des Gehirns, bei der die Schädeldecke geöffnet wird) an ihr durchgeführt werden, die ihren Tod hätte bedeuten können." Dazu ist richtigzustellen: Bei einer Szintigraphie wird nicht die Schädeldecke geöffnet, sondern radioaktive Substanz ins Blut gespritzt, deren Weg durchs Gehirn mit Messgeräten verfolgt wird. Da sich Ulrike gegen eine solche Untersuchung wehrte, sollte sie für die Untersuchung unter Narkose gesetzt werden. Wenn jedoch eine Narkose gegen den Willen des Betroffenen durchgeführt wird, so wirkt sich das lebensgefährlich aus.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Nieder mit den Verrätern am Sozialismus

Fortsetzung von Seite 1

Die SED-Bonzen behaupten, im Gegensatz zu den westlichen kapitalistischen Ländern, gäbe es in der DDR keine Preissteigerungen. Aber auch das ist eine Propagandalüge der SED-Revisionisten. Was richtig ist, ist, daß die Preissteigerungen in der DDR gegenwärtig noch nicht das Ausmaß wie in Westdeutschland erreicht haben und, daß die Preissteigerungen von der neuen Bourgeoisie getarnt werden. Eine Form dieser Tarnung ist die „Qualitätseinstufung" Die SED macht gegenwärtig viel Reklame dafür, daß die Qualität der Produkte verbessert werden müßte. Eine neue Qualitätsklasse aber bedeutet eben auch häufig eine neue Preisklasse. Und auch für die Produkte, die in den Ladenlokalen nicht mit höheren Preisen ausgezeichnet werden, müssen die Werktätigen der DDR indirekt mehr bezahlen. Wie DDR-Ministerpräsident Sindermann auf dem Parteitag erklärte, wird es auch in den nächsten 5 Jahren notwendig sein, Milliarden aus den sogenannten gesellschaftlichen Fonds zur Subventionierung der Preise aufzuwenden. Diese gesellschaftlichen Fonds aber wurden den Werktätigen der DDR schließlich ebenfalls von der neuen Bourgeoisie abgepreßt.

Honecker versuchte in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag groß herauszustreichen, wie krisenfrei doch die angeblich sozialistische DDR im Vergleich zu den westlichen kapitalistischen Staaten sei. Sicherlich ist die DDR gegenwärtig noch nicht von gleich starken Krisenerscheinungen durchgerüttelt wie andere kapitalistische und revisionistische Länder. Aber nicht einmal die ziemlich unerträgliche Schönfärberei der SED-Bonzen auf dem Parteitag konnte vollends vertuschen, daß es auch in der DDR wachsende Krisenerscheinungen gibt.

So schreibt ein Mitglied der Konsumgenossenschaft Grimmen in einem Antrag zum SED-Parteitag, der im „Neuen Deutschland" vom 17. Mai veröffentlicht worden ist: „Noch wichtiger ist aber, bei Anzeichen von Absatzschwierigkeiten bestimmter Waren die Ursachen sofort zu ermitteln und die Waren in andere Bezirke der Republik umzuleiten, wo sie Absatz finden, oder die Produktionsbetriebe zu veranlassen, die Erzeugnisse den Kundenwünschen anzupassen." Die Ursachen dieser Absatzschwierigkeiten, von denen hier die Rede ist, sind nicht schwer aufzudecken. Sie liegen aber nicht darin, daß die Produkte irrtümlich in falsche Bezirke der DDR umgeleitet werden. Sie liegen auch nicht darin, daß den Betrieben die Kundenwünsche nicht hinreichend bekannt wären. Die Ursachen dieser Absatzschwierigkeiten liegen im kapitalistischen System der DDR begegründet, in der Tatsache, daß nicht mehr die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen, sondern der Profit das oberste Ziel der Produktion in der DDR ist. Wie kommt die Überproduktion bestimmer Waren in der DDR, bei gleichzeitigem großen Mangel an anderen Waren zustande? Dadurch, daß die Betriebsleitungen nur auf ihren Profit, z. B. auf die fetten Prämien, die sie für die Übererfüllung ihrer Pläne einstreichen können, aus sind. Sie organisieren also die Produktion mit dem Ziel, die wertmäßig ausgedrückten Planziffern zu übertreffen. Die Produktion bestimmter Waren aber ist relativ unkompliziert, so daß sich damit der Plan wertmäßig leichter erfüllen läßt als mit anderen Waren, bei deren Herstellung eher Komplikationen zu erwarten sind oder für die die Materialbeschaffung schwieriger ist usw. Auf diese Idee kommen unter Umständen auch noch andere Betriebsleitungen, die auch auf leichte Weise die Prämien kassieren wollen. Ergebnis: **Anarchie der Produktion, kapitalistische Konkurrenz, bestimmte Waren werden überproduziert und andere werden überhaupt nicht oder nur zu knapp angeboten.** Das ist eine unter mehereren Erklärungen für die Absatzschwierigkeiten der Konsumgenossenschaft Grimmen. Es gibt sicher noch andere. Letztlich aber laufen alle darauf hinaus, daß die vollständige Restauration des Kapitalismus in der DDR die Ursache für alle Krisenerscheinungen ist.

Das können die SED-Bonzen natürlich nicht zugeben. Um die kapitalistischen Grundlagen ihrer Mißwirtschaft zu verschleiern, sprechen sie davon, die Pläne seien eben „wertmäßig" erfüllt, bloß nicht „sortimentgerecht". Diese ebenso hochtrabende, wie unsinnige Formulierung soll wohl galuben machen, es handele sich hier um ungeheuer komplizierte Probleme bei der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft". In Wirklichkeit handelt es sich um ein leicht durchschaubares Problem: die kapitalistische Wirtschaft der DDR unterliegt den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie jedes kapitalistische Land und ist darum genauso wenig krisenfrei.

Immer wieder haben die SED-Bonzen auf ihrem Parteitag den Wohnungsbau in den Mittelpunkt gestellt, und Honecker hat ihn gar als „Ausdruck des sozialen, zutiefst humanistischen Wesens unserer Gesellschaftsordnung" gepriesen. Honecker mußte aber auch zugeben, „daß es bei uns nicht wenige überalterte Wohnungen gibt, ja Mietskasernen mit Hinterhöfen, die noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen." Diese Feststellung Honeckers ist entschieden untertrieben. Nach wie vor lebt die überwältigende Mehrheit der DDR-Bevölkerung in alten Wohnungen. Honecker hat auf die unbestreitbar niedrigen Mieten in der DDR hingewiesen. Aber er hat „vergessen" zu erwähnen, daß häufig erst einige Scheine als Schmiergeld hingeblättert werden müssen, bevor man in eine Neubauwohnung einziehen kann. Bis 1980 soll die Wohnungsfrage laut Honecker in der DDR kein soziales Problem mehr darstellen. Das ist gelinde gesagt eine Unverschämtheit. Denn selbst wenn die für die nächsten fünf Jahre geplanten 750 000 Wohnungen durch Neubau oder Modernisierung geschaffen werden, werden erst zwischen 4 und 5 Millionen DDR-Bürger in neuen Wohnungen leben. Dazu muß man wissen, daß die Mehrzahl dieser Neubauwohnungen Zweizimmerwohungen sind. Wenn Honecker das als „Lösung der Wohnungsfrage" bezeichnet, dann zeigt das nur, daß der Kapitalismus in der DDR die Wohnungsfrage für die Werktätigen genausowenig löst, wie der Kapitalismus in Westdeutschland.

Diese Tatsachen zeigen, daß hinter dem Rauchvorhang der auf dem SED-Parteitag geschwungenen Phrasen von „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" sich die kapitalistische Wirklichkeit der DDR verbirgt, die für die Werktätigen Ausbeutung und Unterdrükkung bedeutet.

Die Honecker-Clique hat sich große Mühe gegeben, ihren Parteitag als Beispiel der Demokratie hinzustellen. Schon die Tatsache, wie hermetisch der Palast der Republik vor den Werktätigen Berlins abgeschirmt wurde zeigt, daß die SED-Demokratie jedenfalls nicht für die Werktätigen da ist. Noch klarer dokumentierte sich das, als die SED-Revisionisten eine Delegation der Grenztruppen im Tagungssaal aufmarschieren ließen. Jener Grenztruppen, die den Schießbefehl der DDR-Machthaber zu vollstrecken haben. So wurde zumindest indirekt auf dem Parteitag deutlich, worüber Honecker und Konsorten ängstlich schwiegen: Mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl müssen die DDR Machthaber verhindern, daß die Bewohner ihres „Arbeiter- und Bauernstaates" das Weite suchen. Auch das ist ein Beweis, daß die neue Bourgeoisie eine sozialfaschistische Herrschaft über die Werktätigen errichtet hat, und darüber können die SED-Revisionisten auch nicht dadurch hinwegtäuschen, daß sie die große Losung der Diktatur des Proletariats für ihren sozialfaschistischen Terror gegen die Werktätigen mißbrauchen.

„Die Mauer muß weg!" – diese Losung hört man in den Gesprächen der Werktätigen in der DDR. Die SED-Revisionisten aber bekräftigten auf ihrem Parteitag erneut ihren abgrundtiefen Verrat an den nationalen Interessen unseres Volkes, an der Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation, erwiesen sich erneut als die bedingungslosen Erfüllungsgehilfen des russischen Sozialchauvinismus. Honecker tischte wiederum die absurde Behauptung auf, die deutsche Nation habe aufgehört zu existieren, und er erklärte: „Da ist nichts mehr offen. Die Geschichte hat längst ihr Wort gesprochen." Diesen Vasallen Moskaus sei gesagt, daß die Geschichte ihr entscheidendes Wort noch sprechen wird. **Und dieses letzte Wort in der Frage der deutschen Nation wird weder den russischen Sozialimperialisten und ihren ostdeutschen Vasallen, noch den Bonner Revanchisten und dem US-Imperialismus, sondern der deutschen Arbeiterklasse gehören, wenn sie die Herrschaft der Ausbeuter in Ost und West zerschlagen und das vereinte, unabhängige und sozialistische Deutschland errichten wird.**

Die SED-Revisionisten ließen auf ihrem Parteitag selbstverständlich auch keine Gelegenheit aus, den „ewigen Bruderbund mit der Sowjetunion" zu bekräftigen. Wir wollen uns hier die widerlichen Lobhudeleien der SED-Bonzen auf die Neuen Zaren ersparen. Dieser SED-Parteitag zeigte mit aller Deutlichkeit, daß die eigentlichen Herren der DDR in Moskau residieren. Unter dem Schlagwort der ökonomischen Integration wurde die weitere Anpassung der DDR-Wirtschaft an die Bedürfnisse der Sowjetwirtschaft beschlossen. Der Handel der DDR mit der Sowjetunion soll bis 1980 von gegenwärtig 21 Mrd. Rubel auf 31 Mrd. Rubel gesteigert werden. Wie dieser Handel aussieht, zeigt folgendes Beispiel: 7 – 8 Mrd. Mark soll die DDR in den nächsten Jahren für die Erschließung sowjetischer Rohstoffquellen zahlen. Dabei hat die DDR-Wirtschaft die große Schwierigkeit, in die sie die letzte Rohstoffpreiserhöhung der Sowjetunion gestürzt hat, keineswegs überwunden. Bereits jetzt ist die Rohstoffabhängigkeit der DDR von der Sowjetunion nahezu vollständig (Erdgas 100%; Erdöl, Baumwolle, Eisenerz 90%).

Aber die SED-Revisionisten feierten nicht nur die wirtschaftliche Ausplünderung der DDR durch die russischen Sozialimperialisten als „Ausdruck des proletarischen Internationalismus", sondern auch die militärische Besetzung der DDR durch die Sowjetunion. Dazu gehört auch daß die neue Bourgeoisie der DDR die Weltherrschaftspläne des russischen Sozialimperialismus unterstützt, daß sie eine aktive Rolle bei seinen Kriegsvorbereitungen übernimmt. Gezeigt hat sich das bereits in aller Deutlichkeit bei dem Überfall des russischen Sozialimperialismus auf die CSSR, bei dem auch Truppen der NVA dafür sorgten, daß die Versklavung der CSSR durch den russischen Sozialimperialismus aufrechterhalten blieb.

Auf dem Parteitag streuten die SED-Bonzen verlogene Friedenslosungen dutzendweise aus. Aber nichts entlarvt diese pazifistischen Lügen besser als die Ausführungen des DDR-„Verteidigungs"ministers Hoffmann, die dieser im Dezember letzten Jahres in einem Aufsatz mit dem Titel „Streitkräfte unserer Zeit" machte. Dort schreibt Hoffmann: „Der Auftrag sozialistischer Streitkräfte geht heute weit über die Grenzen des einzelnen sozialistischen Landes hinaus ..." Damit meint Hoffmann einerseits eine Situation wie bei dem Überfall auf die CSSR. **Darüber hinaus aber macht Hoffmann klar, daß die unter dem Oberkommando des russischen Sozialimperialismus stehenden Truppen des Warschauer Paktes keineswegs „reine Verteidigungsarmeen" sind, wie es die modernen Revisionisten immer darstellen, sondern offensive Angriffsarmeen, die die Weltherrschaftspläne der Neuen Zaren verwirklichen sollen.** Aber Hoffmann wird noch deutlicher. Offen enthüllt er, daß die russischen Sozialimperialisten und ihre Waffenbrüder selbst die Möglichkeit eines Atomkrieges erwägen. „Bei allem Leid, das durch diesen letzten und entscheidenden Konflikt zwischen Fortschritt und Reaktion über die Völker käme – das wäre von unserer Seite ein gerechter Krieg." Plötzlich redet dieses Sprachrohr der russischen Sozialimperialisten von der Möglichkeit gerechter Kriege. Während es doch sonst gerade die russischen Sozialimperialisten und die modernen Revisionisten sind, die die gerechten Befreiungskriege der Völker erstikken wollen. Für sie gibt es nur eine Art von „gerechten Kriegen": das sind die Kriege, die im Interesse der Weltherrschaftspläne Moskaus geführt werden. Und Hoffmann sagt hier klar, daß die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen in der SED-Führung selbst vor einem Atomkrieg nicht zurückschrecken. Kann es einen deutlicheren Beweis für den verbrecherischen Charakter des Honeckerregimes und seiner Moskauer Oberherren geben?

„Wir sind voller Optimismus, denn das Ziel ist klar. Wir kennen den Weg und wir wissen um unsere Kraft.", heißt es gegen Schluß in Honeckers Rechenschaftsbericht. Die Honecker-Clique mag sich – gestützt auf die sowjetischen Panzer und Bajonette – gegenwärtig noch stark und sicher fühlen. Aber auch wir kennen ihren Weg. **Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR werden sich mit Sicherheit unter der Führung der Sektion DDR der KPD/ML in der erneuten sozialistischen Revolution erheben, die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie der DDR und des russischen Sozialimperialismus zerschlagen, die russischen Besatzer vertreiben und die Diktatur des Proletariats in der DDR wiedererrichten.** Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR, Westberlins und der Bundesrepublik, die ganze deutsche Arbeiterklasse und das ganze werktätige deutsche Volk werden den Weg der sozialistischen Revolution beschreiten und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erkämpfen.

Ungarn: Neues Wehrgesetz

Die neue Bourgeoisie rüstet gegen das Volk

Ende März dieses Jahres verabschiedete das ungarische Parlament ein neues Wehrgesetz. Dieses Gesetz, das im Juli in Kraft tritt, zeigt deutlich, wie die Militarisierung in Ungarn voranschreitet, wie gegen die Werktätigen aufgerüstet wird und wie den Kriegsvorbereitungen der Kremlzaren entsprochen wird.

Anläßlich der Verabschiedung des neuen Wehrgesetzes erklärte das ZK-Mitglied der revisionistischen Partei Ungarns, Pullai, im Parlament: „Die Mitgliedschaft unseres Landes im Warschauer Pakt ist die Garantie für die Verteidigung und Sicherung des Friedens unseres Volkes und der sozialistischen Aufbauarbeit und die Garantie für die Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit." Wie unabhängig aber sind denn die einzelnen Staaten im Warschauer Pakt? Ein charakteristisches Merkmal jedes unabhängigen Landes und Zeichen seiner Souveränität ist die Existenz einer unabhängigen nationalen Armee. Die Armeen Ungarns, der DDR usw. jedoch haben jegliche Selbständigkeit verloren, sie sind lediglich Abteilungen der sowjetischen Militärmaschinerie. An der Spitze der Militärorganisation der Warschauer-Pakt-Staaten steht der Oberbefehlshaber des Vereinigten Kommandos der Bewaffneten Kräfte. Er ist stets ein russischer General, zur Zeit ist es I. Jakubowski. Er übt die Befehlsgewalt über seine nationalen Stellvertreter aus.

In diesem Zusammenhang muß man auch das neue Wehrgesetz in Ungarn betrachten. Eine Bestimmung des Gesetzes sieht die sofortige Schaffung eines Verteidigungsrates vor. Dieser Verteidigungsrat, schreibt die ungarische Revisionisten-Zeitung „Nepszabadsag", tritt in Aktion „im Falle des Krieges oder in Zeiten, wenn die Sicherheit des Staates in Gefahr schwebt". Laut Gesetz gehen in solchem Fall alle Rechte des ungarischen Präsidialamtes und des Ministerrates in die Hände des Verteidigungsrates über. Der Vorsitzende dieses Verteidigungsrates ist der jeweilige Verteidigungsminister, der wiederum, wie schon erwähnt, die Befehle von seinem russischen Oberbefehlshaber erhält. Das heißt also, daß im Falle eines von den Moskauer Zaren entfalteten räuberischen Krieges oder im Falle einer revolutionären Erhebung des ungarischen Volkes gegen diese Zaren und ihre Budapester Vasallen – eben, wenn der sozialfaschistische Staat „in großer Gefahr schwebt" – wollen die russischen Sozialimperialisten alle Fäden der ungarischen Machtorgane sicher in Händen halten. Das neue Wehrgesetz in Ungarn dient den neuen Zaren im Kreml dazu, ihre Oberherrschaft über Ungarn zu sichern und das ungarische Volk als Kanonenfutter in einem imperialistischen Krieg einzuspannen, in dem die Kremlzaren die Vorherrschaft in der Welt erobern wollen. Dieses Wehrgesetz dient nicht etwa der Sicherheit der Unabhängigkeit Ungarns, sondern ist Ausdruck dessen, daß Ungarn vom russischen Sozialimperialismus unterjocht ist, daß Revisionisten wie Kadar willige Vasallen Moskaus sind.

Die ungarischen Revisionisten tönten bei der Verabschiedung des Wehrgesetzes nicht nur von „Unabhängigkeit", sondern sie erklärten zugleich, daß dieses Gesetz der „Verteidigung des Sozialismus" in Ungarn diene. Wie aber verteidigt denn die Arbeiterklasse in einem wirklich sozialistischen Land wie in den Volksrepubliken China und Albanien den Sozialismus? Und wie verhält sich dazu das neue Wehrgesetz? In den wirklichen Volksrepubliken wie China und Albanien wird der Sozialismus gegen innere und äußere Feinde vor allem dadurch verteidigt, daß das ganze Volk bewaffnet ist und somit jederzeit jeden Aggressor zurückschlagen kann. Wo aber haben in Ungarn die Arbeiter die Waffen? Czinege, der ungarische Kriegsminister, erklärte bei der Verabschiedung des Gesetzes im Parlament: „ . . . den bewaffneten Kampf führt die Armee, den Krieg in enger Verbundenheit mit der Armee – die Nation." Waffen werden also nur dann an die Arbeiterklasse ausgeteilt, wenn es gilt, für Moskaus Weltherrschaftspläne ins Feld zu ziehen. Warum aber werden sie ihnen vorenthalten? Weil die neue Bourgeoisie in Ungarn, nicht anders als die in der DDR, Polen usw., die Gewehre in der Hand der Arbeiterklasse fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Denn diese Gewehre in Arbeiterhand würden ihren Untergang bedeuten.

Das neue Wehrgesetz dient keineswegs dazu, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu stärken, wie die Revisionisten behaupten, sondern dazu, die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zu verschärfen und den Kriegsvorbereitungen der Kremlzaren zur Hand zu gehen. Das Gesetz sieht im Einzelnen vor: die schrittweise Vereinheitlichung von Polizei, Grenzschutz und sogenanntem „Arbeiterschutz" mit der Armee; die Erweiterung der Wehrpflicht von 50 auf 55 Jahre; die verstärkte Einbeziehung von Frauen in den Armeedienst; das Recht der Armee, jeden persönlichen Besitz in Armeeeigentum zu nehmen; den Ausbau des Militärunterrichts in Schulen und Universitäten; die Verfügung eines Ausnahmezustandes auf unbegrenzte Zeit usw. Diese Maßnahmen zur Militarisierung, die sich gegen die Werktätigen richten, hätten selbst Hitlers ungarische Freunde, die Horthy und Gömbös, vor Neid erblassen lassen. Laut dem Gesetz können „Für Zeiten des Krieges bestimmte einzelne Maßnahmen ... vorübergehend in Zeiten, wo die Sicherheit des Staates in Gefahr ist, eingeführt werden . . . Es kann das Erscheinen der Bevölkerung bei öffentlichen Veranstaltungen begrenzt werden (Ausgehverbot), es kann der Aufenthalt der Bevölkerung in bestimmten Landesteilen, das Reisen der Bevölkerung in bestimmte Landesteile begrenzt werden . . ."

Wenn die öffentliche Sicherheit eines wahrhaft sozialistischen Staates gefährdet ist, dann mobilisiert die kommunistische Partei die Arbeiterklasse, die unter Waffen steht. Die ungarische Revisionisten-Clique aber erließ Gesetze, die die Rechte und Freiheiten des Volkes, soweit sie überhaupt noch in diesem sozialfaschistischen Staat vorhanden waren, noch weiter einschränken. So wird die neue Bourgeoisie künftig, ganz nach Gesetz, gegen jeden Streik der Werktätigen, gegen jede Demonstration des Volkes mit Waffengewalt, mit Polizei, Grenzschutz usw. vorgehen können. Es wird bei größeren Streiks und Demonstrationen gegen das sozialfaschistische Regime möglich sein, den Ausnahmezustand auszurufen, wenn die Revisionistenherrschaft bedroht ist, mit Armee gegen das Volk vorzugehen, das betreffende Gebiet in ein wahres Gefängnis zu verwandeln, in dem Ausgehverbot herrscht, wo die Bevölkerung nicht wegreisen und von außen niemand zureisen darf – damit der revolutionäre Herd sich nicht ausbreiten kann.

In einem sozialistischen Staat verteidigt die Arbeiterklasse mit dem Gewehr in der Hand den Sozialismus. In Ungarn aber wird das Volk mit Gewehren gezwungen, für die Profitinteressen der ungarischen und der sowjetischen neuen Bourgeoisie sich ausbeuten zu lassen. Das Volk wird mit Gewehren gezwungen, ins Schlachtfeld eines Eroberungskrieges der russischen Sozialimperialisten zu marschieren. Der Charakter dieses neuen Wehrgesetzes entlarvt deutlich den Charakter dieses Staates: Dort wird nicht der Sozialismus verteidigt, sondern eine sozialfaschistische Diktatur unter russischer Oberherrschaft gegen die Werktätigen.

KPD/ML in der DDR gegründet



Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

VERLAG ROTER MORGEN

Diese Broschüre umfaßt 73 Seiten Sie kostet 2 DM

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11
Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 193 572 – 207
Tel 040/410 17 36

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

HELLA: MÖRDERISCHE SANITÄTSEINRICHTUNGEN

An die Betriebszeitung der KPD/ML bei Hella in Recklinghausen schickte ein Kollege folgende Korrespondenz.

Wie ihr wißt, verstarb vor einigen Wochen unser Kollege Richard Sypra. Das ist an und für sich nichts unnormales. Aber in diesem Fall war es angebracht, die Hintergründe zu durchleuchten.

Kollege Sypra litt an einem lebensgefährlichen Herzklappenfehler. Gerade in den letzten Wochen mußte er immer öfter krankfeiern. Seine Krankheit war also der Firma bekannt, bzw. auch den Sanitätern in der Firma Hella. An dem besagten Tag, an dem der Kollege Sypra den Anfall erlitt, rief man eben nur den Krankenwagen, ohne anzugeben, um was für einen Fall es sich handelt. In diesem Fall hätte man sofort einen Notarzt mitbestellen müssen.

Da aber die Sanitätseinrichtungen bei Hella völlig unzureichend sind, mußte ein Mensch sterben. Wäre nämlich ein Werksarzt vorhanden gewesen, so hätte dieser die notwendigen Maßnahmen bei einem Herzanfall vornehmen können.

Es war aber eben kein Arzt da. Es ist unglaublich mit welcher Skrupellosigkeit die Gesundheit der Kollegen und Kolleginnen übergangen wird.

Nach ein paar Tagen tauchte nun das Gerücht auf, man würde nach diesem Vorfall nun stundenweise einen Notarzt einsetzen. Für volle 8 Stunden wäre dieser zu teuer. Das ist doch lächerlich. Angenommen es tritt ein ähnlicher Extremfall auf, gerade dann,wenn der Werksarzt nicht da wäre? Damit wäre doch keinem gedient. Gerade deshalb, liebe Kollegen und Kolleginnen,müssen wir den Verantwortlichen klarmachen und uns dafür einsetzen, daß ein derartiger Vorfall sich nicht noch einmal wiederholt.

Wir fordern eine vollständige medizinische Einrichtung der Firma Hella, wir müssen den Kapitalisten-Bonzen klarmachen, daß wir ein Anrecht darauf haben, wie Menschen behandelt zu werden.

Ein Kollege von Hella

VOR SCHRECK WURDE DER MEISTER 2 KÖPFE KLEINER

Seit Jahren forderte unsere Abteilung eine bessere Entlüftung in der Schlosserei. Unter dem Flachdach entstand im Sommer brütende Hitze. In der Schmiede und Schweißerei gab es weder eine vernünftige Schweißabsaugung noch Trennwände zum Schutz vor Verblitzen. Diese Mißstände waren von meinen Kollegen schon seit Jahren immer wieder vorgetragen worden. Der alte Vertrauensmann und der Betriebsrat hatten sich angeblich immer wieder für eine Verbesserung eingesetzt. Herausgekommen war dabei allerdings nichts. Wie denn auch. Ihre „Bittgesuche" wurden von der Geschäftsleitung mit immer neuen Umbauplänen, Versetzungen, Verlegungen und Geldknappheit beantwortet, und sie ließen sich gern vertrösten.

Wir haben das anders angepackt. Zuerst setzten wir uns alle zusammen und diskutierten über unsere bisherigen Erfahrungen mit Geschäftsleitung und Betriebsrat. Es tauchten da jede Menge falscher Ansichten auf,wie „Wir können sowieso nichts ausrichten" oder „die haben doch kein Geld für Umbauten" usw. Ein gewichtiges Argument war die Spaltung der Kollegen untereinander. „Da fällt sowieso die Hälfte um" meinten einige Arbeiter. All diese Schwierigkeiten wurden überwunden und eine gemeinsame Grundlage wurde geschaffen, nämlich die, daß auf Kosten unserer Gesundheit hier noch höhere Profite erwirtschaftet werden sollten und daß wir das nicht länger zulassen wollten. Wir stellten unsere Forderungen detailliert auf und die gesamte Abteilung unterschrieb. Dann gaben wir sie an die Geschäftsleitung weiter. Wochenlang hörten wir nichts mehr davon. Die Betriebsversammlung nahte. Wir beschlossen, auf der Betriebsversammlung Putz zu machen. Drei Stunden vor der Betriebsversammlung erschien bei mir der Meister mit der Unterschriftenliste in der Hand. Er empörte sich, daß wir Unterschriften gesammelt hätten, ohne daß er es wußte. Wenn wir uns gleich an ihn gewandt hätten, wäre es besser und schneller gegangen. Das war natürlich lächerlich, denn bisher war trotz seines angeblichen Einsatzes noch nie etwas passiert. Das sagte ich ihm auch.

Den Forderungen gegenüber zeigte er sich sehr aufgeschlossen. Natürlich würde das verwirklicht. Er sei ganz unserer Meinung. „Wir machen das", meinte er jovial. Ein paar Einschränkungen wollte er machen, aber als er merkte, daß ich nicht von unseren Forderungen abging, sagte er zu allem ja und Amen und versicherte mir, daß alles glatt ginge. Ich muß sagen, daß ich einigermaßen platt war, als alles so glatt ging. Das war ich nicht gewohnt. Begeistert erzählte ich meinen Kollegen von unserem Erfolg. Diese waren allerdings nicht so naiv wie ich. Ob er denn einen Termin genannt hätte, wann der Umbau stattfinden würde, ob die Geschäftsleitung das schon genehmigt hätte usw., fragten sie mich. Wir stellten fest, daß eigentlich gar nichts konkretes gesagt worden war. Ich hatte mich durch

Und es war auch klar warum. Am Mittag war Betriebsversammlung und da sollte eitel Ruhe und Frieden herrschen. Ganz offensichtlich hatte unser Meister den Auftrag erhalten, unseren Auftritt auf der Betriebsversammlung abzubiegen. Jetzt wußten wir, wo wir dran waren. Unsere Unterschriften hatten gewirkt. Als Sprecher der Kollegen ging ich nochmals ins Büro und stellte konkrete Fragen. Der Meister drehte und wand sich, mußte dann jedoch zugeben, daß das alles erst noch besprochen werden müsse. Er steht aber voll und ganz hinter uns, meinte er.

Im Namen meiner Kollegen konnte ich ihm versichern, daß wir seinen „Kampf" für uns auf der Betriebsversammlung kräftig unterstützen werden. Vor Schreck wurde er um zwei Köpfe kleiner und brachte kein Wort mehr heraus.

Die Betriebsversammlung wurde dann auch ein voller Erfolg. Immer wieder wurde ich durch Beifall unterbrochen, als ich die Manöver der Geschäftsleitung entlarvte und unsere Forderungen klar auf den Tisch brachte. Der Betriebsrat versuchte sich auch noch gleich anzuhängen und berichtete, daß er mit der Geschäftsleitung in Verhandlung stehe, daß aber die Werkstatt wahrscheinlich versetzt werden würde.

Wir sollten also wieder vertröstet werden. Doch diesmal hatten sie kein Glück. Sofortigen Umbau forderten wir und das mit solchem Nachdruck, daß die Geschäftsleitung zurückwich. Sie sicherte den Umbau zu. Inzwischen wurde damit begonnen. Auf der Versammlung sprach auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates. Seine größte Aufmerksamkeit galt dem betrieblichen Vorschlagswesen und der neuen Betriebsordnung. Dafür erntete er nur höhnisches Gelächter. Zum Schluß gab noch der IG-Metallgewerkschaftssekretär den 5,4% Verrat zum besten. Großsprecherisch tönte er, daß sie das 4 % Diktat der Arbeitgeber durchbrochen hätten. Das fiel ihm allerdings auf die Füße, als ich aufzeigte, daß die 5,4% das eigentliche Diktat waren und daß wir verkauft worden sind. Anhand meiner Lohngruppe machte ich klar, daß 5,4 % Lohnraub sind. Ein weiterer Kollege prangerte die Zusammenarbeit des IGM-Chefs Loderer mit den VW-Kapitalisten an.

Während unsere Beiträge heftigen Beifall erhielten, klatschten dem IGM-Sekretär nur der Betriebsrat, einige Angestellte und wenige Kollegen zu. Nach der Betriebsversammlung wurde ich von vielen Kollegen aus anderen Abteilungen beglückwünscht. Sogar Angestellte, die wir bisher für treue Diener ihrer Herren gehalten hatten, erzählten von den üblen Methoden in den Büros. Aber das Wichtigste, die Geschlossenheit unserer Abteilung,ist gewachsen. Die Diskussionen um die revolutionäre Alternative haben zugenommen.

Revolutionärer Vertrauensmann aus Heilbronn

Lehre des Kampfes der Druckereiarbeiter

Den Aufbau der RGO vorantreiben!

Fortsetzung von Seite 1

Knapp 50% aller in der IG Druck und Papier organisierten Beschäftigten haben bei der Urabstimmung mit Nein gestimmt; das heißt, sie haben dem 6%-Lohnraubabschluß ihre Zustimmung verweigert. Die Vertreter des Gewerkschaftsfunktionärsapparates tun so, als sei dieses Ergebnis ein Beweis für ihre Lüge, der 6%-Schandabschluß sei unumgänglich gewesen, weil die Streikfront begonnen hätte, abzubröckeln. Aber die Herren Bonzen wissen nur zu gut, daß die Realität anders aussieht. Es ist ihnen schwer genug gefallen, den Kampf der Druckereiarbeiter mit List und Tücke und gegen den empörten Widerstand und Protest der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter zu hintertreiben und abzuwürgen. Bei dem Ergebnis der Urabstimmung muß man in Rechnug stellen, daß der Gewerkschaftsapparat mit allen Mitteln darauf hinwirkte, die Zahl der Nein-Stimmen herunterzudrücken. Durch ihre Streikbruchtaktik trugen die Bonzen bewußt Resignation unter die Arbeiter, arbeiteten sie gezielt darauf hin, die Massen zu entmutigen und zu demoralisieren. Zudem sorgten sie dafür, daß ein möglichst großer Zeitabstand zwischen der Aussetzung des Streiks und der Urabstimmung lag. Unterstützung erhielten diese Herren „Arbeitnehmervertreter" in massiver Form durch Fernsehen, Presse usw. Wie eine schmutzige Flut ergoß sich in den Tagen vor der Urabstimmung in allen Variationen das Lied von der „Sinnlosigkeit" dieses Streiks über uns. Er habe „allen Beteiligten" nur Schaden und Nachteile gebracht usw. Daß auch die D„K"P mit ihrer Lügenzeitung UZ für die Annahme des Lohnraubabschlusses Stimmung machte, liegt konsequent auf ihrer Linie, die Streikbruchtaktik des Gewerkschaftsapparates zu unterstützen. Es dokumentiert ein weiteres Mal die Verkommenheit dieser Verräter am Kommunismus. In Anbetracht all dieser Umstände ist die Tatsache, daß knapp die Hälfte aller organisierten Beschäftigten der Druckindustrie mit Nein stimmten, eine Schlappe für die Herren Bonzen und ein Ausdruck der ungebrochenen Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter. **Diese Nein-Stimmen sind nicht nur Stimmen gegen den 6%-Abschluß, der einen weiteren Abbau des Reallohns bedeutet und von dem die Kollegen sagen: „Dafür haben wir nicht gekämpft". Es sind auch ganz klar Stimmen des Protestes gegen die Streikbruchtaktik der Gewerkschaftsbonzen. Sie bedeuten eine oppositionelle Demonstration der klassenbewußten Druckereiarbeiter gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat.** Um sich ein Bild darüber zu machen, wie geschlossen die große Mehrheit der Arbeiter in den Zentren der Druckindustrie den Tarifabschluß verurteilte, muß man wissen, wie die Urabstimmung in den einzelnen Betrieben ausgegangen ist. Darüber haben die bürgerlichen Massenmedien wohlweislich keine Zahlen veröffentlicht! Wir wollen hier einige Betriebe aufzählen: **Kölnische Verlagsdruckerei: 58,4%; Merkur-Pressehaus in Müchen: 59%; Bruckmann in München 74%; Weserkurier in Bremen: 70%; Mannheimer Morgen-Großdruckerei: 70,4%; Mercator in Westberlin: 63%; Druckhaus Tempelhof in Westberlin: 78%; Giradet in Essen: 73%; Wiesbadener Graphische Betriebe: 76,6%; bei Bauer in Hamburg stimmten sogar 80,2% mit Nein. Diese Zahlen sind ein klarer Ausdruck dafür, wie scharf auch jetzt der Konflikt zwischen der klassenbewußten Arbeiterschaft und dem reaktionären Bonzenapparat der IG Druck und Papier zutage tritt. Sie zeigen, daß die Niederlage, die dieser Tarifabschluß im Kampf gegen den Lohnraub für die Arbeiter zweifellos darstellt, ihre Kampfkraft nicht brechen konnte.**

Nach einem Streik, der abgewürgt wurde, greifen oft unter den Arbeitern resignative und defaitistische Stimmungen um sich. „Der deutsche Arbeiter ist eben zu dumm, da bringst Du nie alle unter einen Hut" – solche und ähnliche bittere Bemerkungen hört man dann allenthalben. Die Bonzen und die revisionistischen Verräter jedoch reiben sich dabei heimlich die Hände: Es ist ihnen wieder einmal gelungen, ihre zynische Parole von der „Rückständigkeit", von der „fehlenden Solidarität" und der „Feigheit" der Massen an den Mann zu bringen. Damit gelingt es ihnen oft zu vertuschen, daß in Wirklichkeit sie es waren, die auf hinterhältige Weise alles getan haben, um die Streikfront zu zersetzen und in einem günstigen Moment ihren Zusammenbruch herbeizuführen. Beim Streik der Druckereikollegen jedoch kann diesmal keine Rede davon sein, daß es den Bonzen gelungen wäre, die Verantwortung für ihren Verrat abzuwälzen und in die Reihen der Arbeiter Selbstverachtung und Resignation hineinzutragen. Das vielmehr das Gegenteil der Fall ist, wird nicht nur durch die Urabstimmung dokumentiert. In vielen Betrieben verweigerten die Kollegen geschlossen Überstunden und lehnten es ab, Überschichten zu fahren, um liegengebliebene Druckartikel nachzuarbeiten; so z. B. im Druckhaus Tempelhof, im Druckhaus Mannheimer Morgen usw. In Westberlin gab es gegen die fristlose Entlassung von 12 Lehrlingen, die sich an dem Streik beteiligt hatten, eine breite Protestbewegung. Allein aus dem Druckhaus Tempelhof unterschrieben 135 Kollegen eine Protestresolution. Infolge des Kampfes der Kollegen mußten 11 der entlassenen Lehrlinge wieder eingestellt werden. Bezeichnend für die kämpferische Stimmung ist folgende Begebenheit, die aus der Druckerei des Mannheimer Morgens berichtet wird: Am Tag nach dem Abbruch des Streiks hängten Kollegen ein Schild auf mit der Aufschrift „Zutritt für Streikbrecher verboten. Schon bei ihrem Anblick wird uns speiübel". Aus Stuttgart berichten unsere Genosse folgendes: Zu einer Streikversammlung, die einen Tag nach Abbruch des Streiks stattfand, die jedoch schon vorher angesetzt war, kamen immer noch 80 bis 100 Kollegen, von denen etwa die Hälfte noch nicht die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Nachdem anfangs der Vertreter des Gewerkschaftsapparates versucht hatte, den Schandabschluß zu rechtfertigen und zu begründen, trat ein revolutionärer Kollege auf, der unter dem Beifall der Kollegen das Geschwätz des Bonzen widerlegte und erklärte: „Was die Unternehmer nicht geschafft haben, uns in die Pfanne zu hauen, das hat die Streikleitung und die Verhandlungskomission fertiggebracht!"

Ein hervorragendes Beispiel, wie die Kollegen ohne und sogar gegen den Bonzenapparat ihren Kampf zu organisieren imstande sind, bietet der eingangs erwähnte Streik gegen die Anrechnung der 6% auf die übertariflichen Zahlungen in Bremen. Als die Spätschicht der Bremer Nachrichten von der Schweinerei erfuhr, legten nicht nur die Kollegen hier sofort die Arbeit nieder, sondern auch die Kollegen vom Weser Kurier, der dem gleichen Kapitalisten gehört. Besonders bemerkenswert ist, der örtliche Vorsitzende der IG Druck und Papier, Klaus Grubecker, Bundestagsabgeordneter und Mitglied der SPD-Fraktion, der herbeigeeilt war, um die Sache unter Kontrolle zu bekommen, erhielt von den Arbeitern eine saftige Abfuhr: Sie gestatteten ihm nicht, in ihrem Namen mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Die Verhandlungen werden jetzt vom Betriebsrat geführt. Im Gespräch mit Genossen unserer Partei sagten streikende Kollegen in Bezug auf die Gewerkschaftsbonzen: „Wir kennen diese Besen der Kapitalisten. Wir haben schon seit längerem zu den Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung einen Trennungsstrich gezogen." Ferner sagten die Kollegen: „Es geht uns bei diesem Kampf nicht nur darum, unsere Forderungen durchzusetzen, sondern auch darum, unsere Kampfkraft zusammenzuschweißen."

In vielen Betrieben gibt es jetzt unter den Kollegen heiße Diskussionen, in denen nicht nur die Wut über den Verrat des Gewerkschaftsapparates geäußert wird, sondern auch die Frage gestellt wird: „Was können wir tun, um in Zukunft erfolgreicher kämpfen zu können, wie können wir uns dagegen wehren?" Manche Kollegen meinen: „Denen müßte man das Mitgliedsbuch vor die Füße werfen!" Andere sagen dazu: „Das ist ja auch Quatsch! Du hast ja gesehen, wie es schwierig war, die unorganisierten Kollegen in die Streikfront hereinzubekommen. Ist ja auch nicht so einfach für sie, wenn sie wochenlang kein Moos mehr bekommen." **Die Antwort auf diese Fragen heißt: Es ist notwendig, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen! Was das bedeutet? Es bedeutet, eine organisierte Front aller klassenbewußten Arbeiter innerhalb der Gewerkschaft gegen den reaktionären Bonzenapparat zu schaffen.** Deshalb: Mitgliedsbücher hinschmeißen, taugt nichts! Innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen heißt aber nicht, sich Illusionen zu machen, daß man den reaktionären Bonzenapparat ändern oder abwählen kann. Es heißt nicht, sich durch die arbeiterfeindlichen Beschlüsse des Gewerkschaftsapparates binden und vom konsequenten Kampf abhalten lassen. Natürlich gehören auch die wegen ihrer revolutionären Haltung ausgeschlossenen Kollegen in die RGO und auch diejenigen, die noch nicht einsehen, daß es trotz des Bonzenpacks zweckmäßiger ist, in der Gewerkschaft zu sein. Die RGO aufbauen heißt, für die kommenden harten und großen Kämpfe gegen Lohnraub, Rationalisierung, Entlassungen usw. zu rüsten. Es bedeutet: sich auf der Linie des kompromißlosen Klassenkampfes gegen die Kapitalisten und gegen alle ihre Handlanger zu vereinigen. **Es bedeutet: jeder Theorie und Politik, die uns an die Interessen des Kapitalismus, an seine „wirtschaftliche Vernunft" binden will, die die Vernunft der hemmungslosen Ausbeutung von uns Arbeitern ist, eine bewußte Absage zu erteilen. Und nicht zuletzt heißt revolutionäre Gewerkschaftsopposition: nicht dabei stehenbleiben, die ständigen Übergriffe der Kapitalisten auf unsere Lebenslage, die Minderung des Lohnes und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung zu bekämpfen, sondern sich das Ziel zu setzen: Dieses Ausbeutersystem zu zerschlagen und uns durch die sozialistische Revolution endgültig zu befreien!**



Bruckmann-Verlag, München: Streikposten lesen das Extrablatt des „Druckereiarbeiter", Betriebszeitung der KPD/ML.

Anker - Bielefeld

"Das Mass ist voll!"

Im ROTEN MORGEN Nr. 20/76 berichteten wir über die Pleite der „Anker-Werke“ in Bielefeld. Damals wurden den Kollegen von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, dem Gewerkschaftsapparat und den Betriebsratsbonzen große Versprechungen gemacht. Niemand sollte in seiner „sozialen Sicherheit“ gefährdet werden. Daß dies nichts als Betrug war, enthüllte jetzt die Ortsgruppe Bielefeld in einem Flugblatt, in dem die Ankerkollegen zum Streik aufgerufen werden. In dem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Seit der Vertrauensleutesitzung letzten Donnerstag kamen weitere, ungeheure Betrügereien der Anker-Kapitalisten und ihres Betriebsrates unter Ober ans Tageslicht:

— den Kollegen, die jetzt mit 59 entlassen werden und die nach einem Jahr Rente bekommen, werden die Ausgleichszahlungen aufs Arbeitslosengeld vorenthalten;

— alle Urlaubsansprüche und das Urlaubsgeld für die Zeit vor dem Konkurs sind hinfällig;

— das Geld aus der Zusatzkasse (es dürfte sich um einige hunderttausend DM handeln) wurde vom ‚Burg-Verein‘ an die ‚Anker-Burg‘ verliehen und ist jetzt futsch, da die ‚Anker-Burg‘ zur Konkursmasse gehört;

— es gibt keine Lohn- und Gehaltsnachzahlungen für Januar;

— die Sport- und Badeeinrichtungen sind gesperrt und sollen demnächst verpachtet werden — ohne daß den Kollegen, die z. B. eine Jahreskarte für die Sauna gekauft haben, das restliche Geld zurückgezahlt wird;

— am Donnerstag und Freitag voriger Woche sind die ersten Kündigungen für die Angestellten rausgegangen. In den nächsten Wochen werden die Kündigungen für die Kollegen aus dem Betrieb folgen. Und obwohl noch Überstunden gemacht werden, wissen die Kollegen nicht, wieviele jetzt betroffen sind.

Das ist das wirkliche Bild der ‚sozialen Sicherung‘ bei Anker! All die Reden der Herren von den bürgerlichen Parteien SPD, CDU, FDP, den DGB-Bonzen und Betriebsräten von der ‚Sicherung der Arbeitsplätze‘ und ‚Vermeidung sozialer Härten‘ haben sich als das herausgestellt, was sie in Wirklichkeit schon immer waren: leere Phrasen, um uns vom Kampf für unsere berechtigten Interessen abzubringen. In die gleiche Kerbe haut auch die D,K'P mit ihren Forderungen nach Verstaatlichung und Handel mit den Ostblockländern. Als ob nicht jeder wüßte, daß die Entlassungen vor Jahren anfingen, nachdem die Anker-Kapitalisten Teile der mechanischen Produktion in die Tschechoslowakei verlagert hatten, weil dort die Löhne niedriger sind. . . .“

Die Anker Kapitalisten haben „ihre Schäfchen ins Trockene gebracht und sind mit der neuen Gesellschaft (vgl. RM 20/76) auf Suche nach neuen Quellen für Profite. Währenddessen sollen wir Arbeiter für die Anker-Kapitalisten und ihre Gläubiger jetzt noch möglichst viel herausarbeiten. Währenddessen klauen sie uns das Geld, obwohl wir heute nicht wissen, wie es weitergehen wird und wir keine einzige schriftliche Vereinbarung über unsere Weiterarbeit haben und neue Entlassungen anstehen. Auch die pünktliche Zahlung der laufenden Löhne und Gehälter ist völlig unsicher. Diese ganzen Betrügereien betreibt der Konkursverwalter in holder Eintracht mit dem Betriebsrat. Beide sind Handlanger der Kapitalisten, deren einziges Ziel es ist, uns zu beschwichtigen, damit wir möglichst bis zur letzten Minute ausgenommen werden können.

Aber diese Herren haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nach der Vertrauensleutesitzung vom letzten Donnerstag wuchs die Empörung. Einhellige Meinung war: Mit den Betrügereien muß jetzt Schluß gemacht werden! Bei den Diskussionen in den Abteilungen wurden folgende Forderungen diskutiert: **Zahlung des Geldes als Wochenlohn; weiterhin Ausgleichszahlungen für die entlassenen 59jährigen Kollegen auf das Arbeitslosengeld bis zur Höhe des letzten Lohnes; Rückzahlung der Gelder aus der Zusatzkasse; voller Urlaubsanspruch und volles Urlaubsgeld; sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung, um weitere Maßnahmen und weitere Forderungen zu beraten.**

Diese Forderungen können nur im Kampf durchgesetzt werden, und zwar gegen alle Verräter und Abwiegler, die uns jetzt weiter mit leeren Versprechungen hinhalten wollen. Deshalb kann es jetzt für unsere Forderungen nur heißen: **Streik!**

Dafür haben sich bereits am vorigen Donnerstag in mancher Abteilung über die Hälfte der Kollegen ausgesprochen. Denn das ist die Sprache, die die Kapitalisten, ihr Konkursverwalter und ihre Handlanger vom Betriebsrat jetzt noch verstehen. Nur damit können wir noch etwas erreichen, denn zu verlieren haben wir nichts mehr. Jetzt gilt es, einheitliche Forderungen aufzustellen, die von einer gewählten Streikleitung vorgebracht werden. Solange es keine schriftlichen Vereinbarungen und ordentliche Arbeitsverträge . . . gibt, wird nicht gearbeitet. Jetzt heißt es für alle Anker-Kollegen: **Unversöhnlicher Klassenkampf gegen Lohnraub und Arbeitslosigkeit und gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger!“**

Arbeitsgerichtsurteil gegen Roten Betriebsrat

Kündigung bestätigt, 1000 DM Ordnungsstrafe

Das Arbeitsgericht in Köln hat die Klage des Roten Betriebsrates Franz M. von Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) zurückgewiesen. Es bestätigte seine fristlose Entlassung durch die Kapitalisten. Es verhängte zugleich eine Ordnungsstrafe von 1 000 DM gegen den Genossen, als er gegen das Urteil protestierte.

Die KHD-Kapitalisten hatten zunächst behauptet, daß der Rote Betriebsrat die Arbeit verweigert habe, als er während der Arbeitszeit eine Jugendversammlung des Betriebes besuchte. Als sich dies als Kündigungsgrund nicht mehr aufrechterhalten ließ, änderten sie ihre Taktik. Sie behaupteten nun, die eigentlichen Kündigungsgründe seien die „Hartnäckigkeit“, mit der der Genosse angeblich seine „Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis“ verletzt habe und die „Störung des Betriebsfriedens“ durch ihn auf verschiedenen Versammlungen. Als „Störung des Betriebsfriedens“ bezeichneten sie die Anprangerung des Lohnraubabschlusses, die Enthüllungen über die Zusammenarbeit zwischen den Kapitalisten und den IGM-Bonzen im Betriebsrat gegen die Kollegen usw. In seiner Rede vor dem Arbeitsgericht enthüllte der Genosse im einzelnen, mit welcher Taktik vor allem die Vertreter des IGM-Apparates im Betriebsrat ihn und die anderen Betriebsräte der Roten Liste aus der Betriebsratsarbeit ausschalten wollten, wie sie mit allen Mitteln ihre Entlassung vorangetrieben haben. Die Tatsache, daß die Rote Liste schließlich bei den Betriebsratswahlen die Stimmen von 600 Kollegen bekommen hatte, störte sie dabei herzlich wenig.

Von Anfang an wurde den Roten Betriebsräten in keinem einzigen Ausschuß des Betriebsrates die Mitarbeit gestattet. Andererseits aber schanzten sich die IGM-Betriebsräte selbst bis zu zehn Ausschußsitze zu. Sogar abgehalfterte ehemalige Betriebsräte, die von den Kollegen nicht wiedergewählt worden waren, bekamen Ausschußsitze. Den Roten Betriebsräten wurde außerdem systematisch die Einsicht in die Unterlagen des Betriebsrates verweigert. So behauptete der Betriebsratsvorsitzende Bleffert z. B. einfach, daß Unterlagen des Personalausschusses nicht existieren. Es gäbe da angeblich nur private Aufzeichnungen.

So versuchten sie natürlich zu verhindern, daß ihre Schweinereien ans Tageslicht kommen. Noch mehr aber fürchten sie, daß die Roten Betriebsräte ihre Tätigkeit ausnutzen, um die Kollegen im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zusammenzuschließen, daß die Linie unserer Partei für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems durch die sozialistische Revolution unter den Kollegen Anklang findet und die Partei ihre Verbindungen zu den Massen stärkt.

Um zu kontrollieren, welche Kollegen sich an die Roten Betriebsräte wandten, erließen die Kapitalisten direkt nach der Betriebsratswahl eine Anordnung für nicht freigestellte Betriebsräte. Sie verlangten, daß die Betriebsräte bei der monatlichen Stundenabrechnung für ausgefallene Arbeitszeit durch Betriebsratstätigkeiten angaben, mit welchem Kollegen und worüber sie mit ihnen gesprochen haben. Zugleich setzten die Betriebsräte der IGM-Liste diejenigen Kollegen, die sich mit Beschwerden an die Roten Betriebsräte wandten, unter Druck und sprachen ihnen das Recht ab, die Roten Betriebsräte als Betriebsräte ihres Vertrauens zu wählen. In einem Fall holte ein IGM-Betriebsrat sogar den Werkschutz, der den Genossen aus einer Halle abführte, um zu verhindern, daß er dort mit einem Kollegen, der sich an ihn gewandt hatte, spricht.

Als der Genosse außerhalb seiner Arbeitszeit das Wohnheim Poll der KHD-Kapitalisten besuchte, um mit den Kollegen Kampfmaßnahmen gegen eine unverschämte Erhöhung der Mieten um 20% zu beraten, erteilten ihm die Kapitalisten Hausverbot. Zusammen mit den Kapitalisten gingen einige IGM-Betriebsräte sogar soweit, den Kollegen Fotos vorzulegen, auf denen sie den Genossen als Unterschriftensammler identifizieren sollten. Die Kollegen hatten nämlich über 400 Unterschriften gegen die Mieterhöhung gesammelt.

Die Rote Betriebsrätin Monika L. wurde schon nach der ersten Betriebsratssitzung fristlos gekündigt. Sie hatte in ihrer Abteilung auf Verlangen der Kollegen ein Informationsgespräch über diese Sitzung durchgeführt. Die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zu diesem Gespräch wurde als Kündigungsgrund angegeben. Andererseits aber führen die IGM-Betriebsräte auch ohne Beschlüsse des Betriebsrates ständig solche Versammlungen durch. Es ist den Kapitalisten und ihren Handlangern zwar gelungen, den Roten Betriebsrat aus dem Betrieb zu werfen. Aber der Kampf geht weiter. Es sind gerade auch die Machenschaften der IGM-Betriebsräte, die noch mehr Kollegen klarmachen werden, daß sich der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zugleich auch gegen die Handlanger der Kapitalisten, den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat richten muß.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Medizinische Versorgung bei Osram:

Tabletten verteilen und Pflaster kleben

Wie in vielen Betrieben ist auch die medizinische Versorgung der Kollegen bei Osram in Westberlin miserabel. In der letzten Zeit hat sich die ärztliche Versorgung sogar noch verschlechtert, während die Arbeitshetze gesteigert und die Rationalisierung verschärft wird. „Rotlicht“, die Betriebszeitung der KPD/ML bei Osram stellt im folgenden Artikel die ärztliche Versorgung der Arbeiter in den kapitalistischen Betrieben den Verhältnissen im sozialistischen Albanien gegenüber:

Während der Grippewelle der letzten Monate bekamen wieder mal viele Kolleginnen und Kollegen die schlechte medizinische Versorgung bei Osram zu spüren. Wenn einer Kollegin z. B. vor Fieber der Kopf bald platzt und sie zur Schwester geht, wird sie erstmal schief angesehen. Sie könnte ja nur simulieren und nach Hause geschickt werden wollen. Also bekommt sie erstmal ein paar Grippetabletten zu schlucken und wird wieder zur Arbeit geschickt, Fieber und Blutdruck werden in den wenigsten Fällen gemessen. Praktisch erst dann, wenn man mit dem Kopf unterm Arm ankommt, wird man nach Hause geschickt und das oft erst, wenn man schon 3-4 mal unten gewesen ist.

Bei manchen Unfällen wurden Kollegen öfters schon falsch behandelt oder nicht rechtzeitig zum Unfallarzt geschickt. Denn die Schwestern wissen oft selbst nicht mal, was für eine Verletzung vorliegt und wie sie zu behandeln ist. Osram hält es nicht einmal für nötig, dafür zu sorgen, daß ständig ein Arzt im Werk zu erreichen ist.

Der vor 2 Jahren neueingestellte Werksarzt ist schon wieder weg, zur Zeit macht ein anderer 2mal die Woche Sprechstunde. Und jeder Werksarzt „behandelt“ im Sinne der Kapitalisten. Nämlich solange du nicht tot umfällst, mußt du arbeiten. Es ist oft genug vorgekommen, daß Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen einen anderen Arbeitsplatz wollten oder aber deswegen keinen neuen annehmen konnten, zum Werksarzt zitiert wurden. Der stellte dann nach kurzer Untersuchung fest, daß man sich nicht so anstellen soll.

Kollegen, die länger als 3 Wochen krankgeschrieben sind, bekamen in letzter Zeit häufiger einen Brief der Krankenkasse und müssen zum Vertrauensarzt zur Untersuchung,. Der sie dann prompt „gesund“ schreibt.

IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN

Das genaue Gegenteil davon ist die medizinische Versorgung in den albanischen Betrieben: Bei uns fehlen über 8 000 Werksärzte. Dort hat jedes Werk ein eigenes Ambulatorium mit Schwestern, mindestens einem praktischen Arzt sowie Frauenarzt und Unfall-Chirug. In jeder Schicht hat ein Arzt Dienst. Dabei sitzen die Ärzte nicht wie bei uns im Sanitätsraum herum und warten bis sich ein Patient dorthin schleppt. Sondern sie machen regelmäßig die Runde durch das ganze Werk, kennen die Arbeitsbedingungen und jeden Arbeitsplatz. Alle 6 Monate werden die Arbeiter in den Betrieben gründlich untersucht, um Krankheiten auch vorzubeugen. In jeder Fabrik gibt es Turnräume und Anlagen, wo die Arbeiter zwischen der Arbeit Ausgleichssport betreiben können.

Bei Osram dagegen heißt die medizinische Versorgung: Tabletten schlukken, Pflaster kleben, und dann schnell ab zur Arbeit. Und wen es mal in der Nachtschicht erwischt, der kann sich dann vom Pförtner verarzten lassen. Um den vorbeugenden Arbeitsschutz scheren sich die Kapitalisten einen Dreck. In den Produktionsabteilungen zieht es an jeder Ecke wie Hechtsuppe. Über Hitze und Sauerstoffmangel kann jeder sein Lied singen.

Unsere Krankheit ist für Ärzte, Kassen und die pharmazeutische Industrie nur ein großes Geschäft. Dafür müssen wir immer höhere Beiträge zahlen. So stiegen die BKO-Tarife:

1970: 7,6% vom Bruttolohn,
1974, 9,6%.
1975: 10,2% im Januar
1975: 10,5% im Juni
1976: 11,4% im Januar
— was bestimmt nicht die letzte Erhöhung 1976 war.

In Albanien dagegen ist die medizinische Behandlung kostenlos! Medikamente kosten sehr wenig, denn es gibt keine Kapitalisten, die damit Profite machen können.

Und was ist, wenn unsere Kleinkinder krank werden? Jede Mutter bei Osram kennt die Schwierigkeiten, die einem gemacht werden, nur um einige Tage Urlaub zu bekommen, wenn das Kind krank ist. Obwohl laut Tarif-Vertrag dafür 5 bezahlte Urlaubstage zugesichert sind. Sind die Kinder aber länger krank, müssen sie eben auf die Mutter verzichten, denn die Mütter haben dann keinen gesetzmäßigen Anspruch auf unbezahlten Urlaub.

In Albanien ist gesetzmäßig verankert: Zur Pflege ihres kranken Kindes darf die in einem Arbeitsverhältnis stehende Mutter 9 Tage im Vierteljahr, also insgesamt 36 Tage im Jahr zu Hause bleiben, um es zu pflegen. Sie erhält dafür bezahlten Urlaub. Wenn es der Arzt für notwendig hält, kann sie dann jedoch auch darüber hinaus unbezahlten Urlaub erhalten. Wenn das Kind im Krankenhaus liegt, darf die Mutter, besonders wenn es noch gestillt wird, zur Pflege des Kindes so lange im Krankenhaus bleiben, wie es der Arzt empfiehlt. Für diese Zeit bekommt sie eine Unterstützung nach der Sozialversicherung (ca. 90% des Lohns).

Und wie sieht es mit den Krankenhäusern bei uns aus? In Westberlin sollen bis 1991 5 500 Betten gestrichen werden. Statt heute 122 Krankenhäusern gibt es dann nur noch 44. Die für die Kleinkinder wichtigen Schutzimpfungen werden immer mehr eingeschränkt. So wurde die Pflichtimpfung für Pocken, TBC und Diphterie inzwischen schon abgeschafft.

Diese Beispiele zeigen, wie es wirklich in unserem „Wohlfahrtsstaat“ aussieht. Für die Reichen stehen natürlich die Türen der Privatärzte und -Kliniken offen. Die Gesundheit des Volkes zählt für die Kapitalisten und ihren Staat nur insoweit, wie damit Profit zu machen ist. Wer arm ist, stirbt früher — dieser Satz gilt auch heute noch. Und das wird sich auch nicht ändern, solange wie die Kapitalistenklasse an der Macht ist.

Obwohl Albanien noch nicht so hoch industrialisiert ist wie die Bundesrepublik, ist dennoch die medizinische Versorgung, der Gesundheitsschutz für das Volk der unsrigen überlegen. Diese Erfolge sind dem albanischen Volk nicht einfach in den Schoß gefallen, sondern das wurde nur möglich, weil in Albanien die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert hat und die Massen den Sozialismus unter Anleitung einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei aufbauen.

Revisionistisches

MSB: BLOSS KEINE KRITIK AM BÜRGERLICHEN STAAT

MSB heißt: Marxistischer Studentenbund und ist die Studentenorganisation der D„K"P. Der MSB behauptet von sich, die Lehren von Karl Marx in die Tat umzusetzen. Die Quintessenz der Lehre von Marx läßt sich mit einem Satz aus dem Kommunistischen Manifest zusammenfassen, in dem es heißt:

„Die Kommunisten (. . .)erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung."

Wie wendet also der MSB diese Lehre an?

In einem Flugblatt zum Kampf der Dortmunder Studenten gegen Mensapreiserhöhungen bzw. Schliessungen heißt es unter anderem: „Großen Schaden richtete dabei das Auftreten verschiedener maoistischer Grüppchen an, die . . . gerade ihre besonderen Probleme bei dieser günstigen Gelegenheit bekanntmachen wollten. Parolen wie „Nieder mit dem bürgerlichen Staat" und „Kampf dem Sozialimperialismus" dürften jedenfalls bestimmt nicht geeignet sein, das gemeinsame Eintreten der Studenten und Bevölkerung für die Erhöhung von Bildungs- und Sozialausgaben zu fördern."

Der MSB stellt die Lehre von Marx also direkt auf den Kopf. Wobei anzumerken ist, daß der MSB in seinem Kampf gegen den Marxismus noch weiter geht, als die bürgerliche Klassenjustiz. „Nieder mit dem bürgerlichen Staat" kann man heute nämlich noch schreiben, ohne daß ein Staatsanwalt eingreift.

Dabei ist es bezeichnend für den abgrundtiefen Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus, daß in ihren Augen der Kampf gegen den bürgerlichen Staat nichts weiter ist als ein „besonderes Problem" der „Maoisten". Für den MSB dagegen gibt es solche „Probleme" nicht. Er ist für die Erhaltung dieses bürgerlichen Staates und stellt sich auch schützend vor ihn, wenn er von wirklichen Marxisten angegriffen wird.

ZAUBEREI MIT ZAHLEN

Bei Blohm & Voss in Hamburg existieren Pläne über die Wegrationalisierung von rund 1 000 Kollegen. In einer Ausgabe der D„K"P-Betriebszeitungen für Hamburger Werften, konnte man jetzt lesen, wie die D„K"P den „Kampf" dagegen führte:

„Der Werft-Kurs", heißt es dort, „veröffentlichte in dieser Situation Anfang Januar Vorschläge für ein Sofortprogramm zur Schaffung von über 1 000 Arbeitsplätzen. Daß es keine Utopie ist, beweist die Finanzierungsrechnung des ‚Werft-Kurs'. Die Verwirklichung der DKP-Vorschläge zur Sicherung von 1 000 Arbeitsplätzen erfordern nicht einmal 20 Prozent des letzten Bilanzgewinnes."

Keine Utopie ist gut. Als ob der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ein Rechenwettbewerb wäre! Nach der Logik der D„K"P dürfte es Entlassungen dann überhaupt nur noch geben, wenn irgendein Kapitalist vollständig Pleite gegangen ist und am Hungertuch nagt. Daß es nicht so ist, hat die Wirklichkeit vor allem in den letzten Jahren bald jeden Tag gezeigt. Die Kapitalisten entlassen die Arbeiter nicht, weil sie das Geld für ihren Lohn nicht mehr aufbringen können. Die Kapitalisten streben nach Maximalprofit. Und um diesen Maximalprofit zu erreichen, werfen sie eben die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden auf die Straße und verschärfen gleichzeitig in den Betrieben Rationalisierung und Arbeitshetze.

Die „Finanzierungsrechnung" der D„K"P erfüllt also keinen anderen Zweck, als unter den Arbeitern Illusionen über den Kapitalismus zu schüren, um ihr einen „humanen" Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit vorzugaukeln.

Häufigste Ursache bei Krankheit: ungeeignete, gefährliche Medikamente

Korrespondenz – In den letzten Jahren haben die Erkrankungen an Krebs, besonders bei Frauen, erschreckend zugenommen. Während zum einen, wohl auch zurecht, die zunehmende Umweltverseuchung dafür verantwortlich ist, so zeigt sich immer deutlicher, daß die Hauptschuld bei der zutiefst verantwortungslosen kapitalistischen Pharma-Industrie direkt zu suchen ist.

Ohne ausreichende Prüfung dürfen Medikamente auf den Mark geworfen werden – in der Bundesrepublik allein 60 bis 80 000. Es dauert Monate, oft Jahre, bevor lebensgefährliche Arzneien verboten werden. Und das erst, nachdem sie zumeist bereits schweren Schaden angerichtet haben. So mußten erst rund 5 000 Kinder an Armen und Beinen verkrüppelt zur Welt kommen, ehe man das weit verbreitete Schlafmittel Contergan aus dem Verkehr zog. Die verantwortliche Herstellerfirma Grünenthal kam bei dem folgenden Prozeß gut weg (der erste Vorsitzende im Contergan-Prozeß war übrigens 155 Tage lang der jetzige RAF-Richter Prinzing). Die „bestrafte" Firma Grünenthal kann es sich z.B. seit Jahren durchaus leisten, in großem Umfang zur Weihnachtszeit Langspielplatten und ähnliches als Reklame an Ärzte und Apotheker zu verschenken.

Vor fünf Monaten mußten zugleich sieben Antibabypillen wegen Krebsgefährdung aus dem Verkehr gezogen werden. (siehe ROTER MORGEN Nr. 51/75) Eine Genossin aus Hamburg, die seit Jahren eine von den jetzt gestoppten Antibabypillen eingenommen hatte, berichtete, daß sie diese Pillen deswegen solange genommen habe, weil ihr vom Frauenarzt eine ganze „4-Jahres-Packung" geschenkt worden sei. So also setzen manche Arzneimittelfirmen ihre völlig unzureichenden Tierversuche am Menschen fort.

Die Medizinzeitschrift „euromed" Nr. 1/76 meint dazu zynisch: **„Man könnte durch Beobachtung, auch nur eines Bruchteils dieser Frauenzahl, (allein in der BRD etwa 40 000) über Jahre hinweg eine ausgezeichnete Langzeitstudie bekommen, die Auskunft darüber geben könnte, wie weit den Hundeversuchen zu trauen ist." Die Beagle-Hündinnen seien schließlich in „ihrem Hormonhaushalt sehr sensibel" und anfällig für Brustdrüsenkrebs. Ein schöner Trost für die 40 000 Frauen!**




Durch Contergan mißgebildete Kinder

Die Tierversuche mit den Wirkstoffen der sieben Antibabypillen wurden übrigens nicht etwa in Deutschland unternommen – nein, diese Mühe überließ man dem Ausland. Dafür steckte man das Geld lieber in die aufwendige Werbung für die Arzneimittel: 1974 waren es allein 300 Millionen und weitere 490 Millionen im selben Jahr für „wissenschaftliche Informationen" der Ärzte. Damit kommt man dann auf den feinen Arzneimittel-Gesamtumsatz von 7 Milliarden DM.

Weiterhin wird sich in der Bundesrepublik z.B. fast völlig darüber ausgeschwiegen, daß die amerikanische „Food-and-Drug-Administration" in einem Rundschreiben allen Ärzten der US-Staaten empfahl, für die über 40jährigen Frauen andere empfängnisverhütende Methoden als die Pille zu wählen, da sonst ein mehr als vierfach erhöhtes Herzinfarktrisiko bestehe. Diese amerikanische „Food-and-Drug-Administration" übrigens beschäftigt 2 000 Menschen und verfügt über einen Jahresetat von 75 Millionen Dollar zur Überwachung von Arzneimitteln. Auch das ist in einem imperialistischen Staat wie den USA kaum ein Tropfen auf den heißen Stein und dient eher zur Beruhigung der empörten Werktätigen. Aber in der Bundesrepublik gibt es den heissen Stein ganz ohne Tropfen – und das ist mehr als katastrophal. Dafür gibt es hier allerdings auch die teuersten Medikamente: die Wirkstoffe von „Valium" oder „Librium" z.B. kosten bei uns das 90- bzw. das 47-fache dessen, was sie etwa in Italien kosten.

Im ROTEN MORGEN Nr. /75

wurde informiert über die Krebsgefährdung durch das weitverbreitete Mittel CLONT. Es ist seit 15 Jahren im Handel und wird bei den häufigen Trichomonaden-Infektionen im Vaginalbereich angewandt. 1974 wurden 650 000 Packungseinheiten davon vertrieben. Obwohl in acht Studien unabhängiger Wissenschaftler der Verdacht der Krebsauslösung durch den Wirkstoff von CLONT (auch von Sanatrichom u.a. Mitteln) geäußert wird, denkt die Herstellerfirma Bayer-Leverkusen gar nicht daran, den Marktrenner CLONT aus dem Verkehr zu ziehen. Erst nach drei Monaten schickte Bayer-Leverkusen eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, daß die Firma das Problem nicht selbst untersucht hat und einen Teil der neueren Schriften nicht kennt oder absichtlich nicht beachtet.

Hunderttausende Menschen werden also allein schon durch dieses eine der 80 000 Medikamente der Krebsgefahr ausgesetzt, obwohl die Trichomonaden-Infektionen, gegen die CLONT verordnet wird, niemals lebensbedrohlich sind, meist auch symptomlos bleiben und auch mit anderen Mitteln behandelt werden können, wie z. B. mit Essig-Wasser.

Der Mediziner Dr. Ferdinand Hoff stellte anhand von Untersuchungen fest, daß mittlerweile Therapieschäden – also Behandlungsschäden durch zu starke, ungeeignete und schlechte Medikamente – „zu den häufigsten Krankheitsursachen zählen". Aber die bundesdeutsche Pharma-Industrie kann weiterhin ungestört ihre Giftküchen betreiben. Was ist da denn noch für ein Unterschied zwischen einer Mafia, die mit Hilfe von korrupten Polizei- und Regierungsbeamten Heroin unter das Volk bringt (in Westdeutschland gibt es 40 000 süchtige Jugendliche) und der kapitalistischen Arzneimittel-Industrie, die abgesichert durch Regierung und Ärzteverbände lebensbedrohende Medikamente in die Werktätigen hineinpumpt? Keiner – sie alle gehören hinweggefegt. Daß von der Regierung, wie dem ganzen kapitalistischen Staatsapparat, der ja den Pharma-Konzernen ihre Verbrechen geradezu ermöglicht und sie deckt, nichts zu erwarten ist, beleuchtet eine Begebenheit am Rande sehr deutlich: Als im Januar 1976 im Bundestag über eine angebliche Arzneimittelreform gesprochen werden sollte, waren von 460 Abgeordneten ganze 19 anwesend – schließlich ging es ja nicht um Diätenerhöhungen.

Volksrepublik China:

Von Krebs geheilt

Wie in der Volksrepublik China Ärzte, der Patient selbst, seine Freunde und Kollegen zusammenarbeiten, um die Krankheit zu heilen, dafür ist Wang Te-ming, Pilot der Volksbefreiungsarmee der VR China, ein Beispiel. Vor neun Jahren erkrankte er lebensgefährlich an Krebs. Heute ist er stellvertretender Chef eines Geschwaders der VBA und hat über 600 Flüge ohne die geringsten Beschwerden durchgeführt.

1967 wurde bei Wang Te-ming ein Krebsgeschwür an der rechten Niere entdeckt, die unverzüglich entfernt werden mußte. Wang Teming, damals 34 Jahre alt, bat unmittelbar nach seiner Genesung darum, wieder im Dienste des Volkes fliegen zu dürfen.

Nach gründlichen Untersuchungen und langen Diskussionen entschieden Ärzte und Pfleger Wangs, daß ein Patient normalerweise unter diesen Bedingungen nicht mehr flugtauglich sei, daß aber in diesem Fall anders entschieden werden solle. Denn Wang war so erfüllt vom Wunsch, dem Volk zu dienen und mitzuhelfen bei der Verteidigung des Vaterlandes und des Sozialismus, er hatte solchen Willen und Entschlossenheit gezeigt, die Krankheit zu überwinden, daß die Mediziner meinten, er solle weiter als Pilot arbeiten, wenn er in regelmäßiger ärztlicher Behandlung bleibe.

Nach 40 Flügen wurde er erneut untersucht. An der linken Lunge entdeckten die Ärzte Metastasen. Sie notierten auf seinem Krankenbericht: „Sein Gesundheitszustand ist sehr schlecht, er darf nicht mehr fliegen."

Doch die Verschlechterung seiner Krankheit konnte den revolutionären Geist Wangs nicht brechen. Er wollte fliegen und dafür seine Krankheit überwinden.

Die Ärzte taten alles, um ihn zu retten. Er erhielt Bestrahlungen. Nach Dutzenden von solchen Bestrahlungen verbesserte sich sein Zustand.

Als die russischen Sozialimperialisten 1969 die Insel Tschen Pao besetzten, bat Wang erneut dringend darum, wieder bei der Luftwaffe dienen zu dürfen. Da er ein außerordentlich hohes politisch-ideologisches Bewußtsein bewiesen hatte, und da er Entschlossenheit zeigte, gegen seine Krankheit anzukämpfen, erlaubten die Ärzte des Krankenhauses nach gründlicher Untersuchung, daß Wang wieder fliegen dürfe. Entschlossen dem Volke zu dienen, hat Wang seine Krankheit seither endgültig überwunden. Alle sechs Monate geht er zur Untersuchung ins Krankenhaus, und die Ärzte können immer wieder bestätigen, daß sein Gesundheitszustand ausgezeichnet sei. Das haben auch Ärzte aus dem Ausland bestätigt, die Wang kennengelernt und mit ihm gesprochen haben.

Vom Aufbau des Sozialismus

AKUPUNKTUR – HEILMETHODE FÜR DAS VOLK

In Peking gibt es ein Institut für traditionelle chinesische Medizin. Es hat zwei wichtige Aufgaben: Krankheiten zu heilen und auf dem Gebiet der Akupunktur und der Heilkräutermedizin Forschung zu betreiben.

Die chinesische Akupunktur hat eine 2000jährige überlieferte Geschichte. Sie ist aber noch viel älter, als die überlieferten schriftlichen Dokumente es zeigen. Akupunktur ist kein Wundermittel, sondern eine alte wissenschaftliche Heilmethode. Sie ist im Kampf des arbeitenden Volkes gegen Natur und Krankheiten entstanden. Ihre Methode ist wirtschaftlich, praktisch, einfach und bequem.

Vor der Befreiung wurde die Akupunktur oft als unwissenschaftliche Methode betrachtet. Die Reaktionäre der Kuomintang versuchten sie zu unterdrücken, aber das war nicht möglich, da die Akupunktur weit verbreitet war.

Nach der Befreiung wurde das Pekinger Institut für traditionelle chinesische Medizin gegründet, um die Akupunktur wissenschaftlich anzuwenden. Dieses Forschungszentrum stellt auch die Verbindung von westlicher und chinesischer Medizin her, denn dies sind zwei Methoden, die sich gegenseitig vervollständigen. Außerdem mobilisiert das Institut die Massen zu sogenannten „Pharmazeutischen Bewegungen", um Heilkräuter zu sammeln und anzupflanzen, die in der chinesischen Medizin benutzt werden. Überall im Land hat man regionale Institute errichtet und besonders das System der Barfußärzte hat dazu beigetragen, die Technik der Akupunktur zu verbreiten. Viele Probleme der ärztlichen Versorgung und Heilung konnten dadurch gelöst werden, und die Akupunktur ist beim Volk sehr beliebt.



Akupunktur wird heute bei rund zweihundert Krankheiten als Heilmethode verwandt, darunter sind ungefähr siebzig Krankheiten, die am häufigsten behandelt werden, wie Kopfschmerzen, Lähmungen, Gelenkschmerzen, Migräne, Kurzsichtigkeit, Nachtblindheit, chronischer Durchfall und Epilepsie. Bei jeder Behandlung wird genau überlegt, wie weit traditionelle chinesische Medizin und westliche Medizin verbunden werden können, um den besten Heilerfolg zu erzielen. Es wird genau untersucht, wie sich beide am besten ergänzen. Diese Forschung dient besonders den breiten Massen auf dem Land und in abseits gelegenen Gegenden, da die Methode der Akupunktur und die Heilkräutermedizin billig und einfach anzuwenden sind.

Unter der Führung der Partei gehen die Ärzte und Wissenschaftler des Pekinger Instituts den Weg der Massenlinie. In einem ununterbrochenen Prozeß schöpfen sie aus dem Wissen des Volkes, fassen es zusammen und entwickeln es weiter, damit heute die Akupunktur für die Gesundheit des Volkes vielseitig verwendet werden kann.

ALBANISCHE PFLAUMENBÄUME IN DADSCHAI

Mehrere, von albanischen Freunden geschenkte, junge Pflaumenbäume wurden auf den Terrassenfeldern an den für den Obstbau bestimmten Hängen des Tigerkopf-Berges in Dadschai angepflanzt.

Diese Sorte von Pflaumenbäumen wächst seit mehreren Jahrhunderten in der nördlichen Gebirgsgegend Tropoja in Albanien. Die albanischen Freunde haben sich nach den geographischen und klimatischen Verhältnissen Dadschais für diese Pflaumensorte entschieden und die Bäumchen sorgfältig ausgewählt.

Freunde aus der albanischen Botschaft nahmen an der Feier für die Anpflanzung der Pflaumenbäume teil. Die stellvertretende Sekretärin der Parteizelle der Brigade Dadschai, Djia Tsun-suo, dankte dem albanischen Volk für seine tiefen freundschaftlichen Gefühle. „Wir werden vom albanischen Volk und von den Völkern aller anderen Länder lernen und unseren Beitrag zur chinesischen und Weltrevolution leisten", sagte sie. Sie berichtete auch den albanischen Gästen, die vom albanischen Volk geschenkte Paprikasorte gedeihe bereits einige Jahre und sei von den Bauern gut aufgenommen worden.

Noch mehr Bespitzelung durch das geplante "Datenschutz-Gesetz"

Wie Staatssekretär Baum im Bundesinnenministerium verlauten ließ, soll noch vor den Bundestagswahlen in diesem Jahr das sogenannte „Datenschutzgesetz" verabschiedet werden. Den ersten Entwurf zu diesem Gesetz hatte die Bundesregierung 1973 unter Kanzler Brandt vorgelegt. Dieses Gesetz soll, wie Staatssekretär Baum erklärte, einen „Schutz der Privatsphäre" sicherstellen, „wie es bislang noch nicht dagewesen und in keinem anderen Land vorhanden ist". Will ausgerechnet der Bonner Staat nun mit der Bespitzelung Schluß machen und ihr per Gesetz ein Ende bereiten?

Wenn man zu diesem Thema die bürgerlichen Zeitungen liest und sich die Erklärungen aus Bonn anhört, so könnte man zu dem Schluß kommen, daß jetzt mit der Bespitzelung Schluß ist. Da heißt es in den Überschriften der Zeitungen zum Beispiel „Maulkorb gegen redselige Computer" usw. Und in der Begründung der Bundesregierung heißt es z.B.: „Das Informationsbedürfnis kennt indes keine Grenzen; es macht daher auch vor der Privatsphäre des Menschen nicht Halt ... Der ihm vom Grundgesetz gewährte Freiheitsraum, die unantastbare Spähre privater Lebensgestaltung drohen enger und enger zu werden." Das wird das Gesetz jedoch keineswegs ändern. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Gesetz hauptsächlich darum, schon vorhandene oder geplante Bespitzelung gesetzlich zu regeln, denn: „Die Information gewinnt in der Gesellschaft der westlichen Industrienationen zunehmend an Bedeutung." (Begründung zum Gesetz). So soll das Gesetz die Werktätigen keineswegs vor der Sammlung und Verwendung von Daten durch den Staatsapparat gegen ihn schützen, sondern die „mißbräuchliche Verwendung" dieser Daten soll verhindert werden, d.h. daß Daten in andere Hände als in die des Staatsapparates und seiner Unterdrückungsorgane geraten können. Dementsprechend heißt das Gesetz eben auch nicht „Persönlichkeitsschutzgesetz", sondern Datenschutzgesetz.

Doch zu den Einzelheiten des Gesetzes. Zumindest dem Schein nach muß ja etwas darin stehen, um das Gesetz als „Gesetz zum Schutz der Person" ausgeben zu können. Also heißt es: Das Gesetz sieht vor, daß jeder ein Recht auf Auskunft und in bestimmten Fällen auf Berichtigung, Löschen oder Sperren von Daten einer Person hat, **es sei denn ...**

Hiervon ausgehend besteht das Gesetz nur noch aus Ausnahmen, die doch das Speichern und Weitergeben der Daten erlauben und Auskunftspflichten ausschließen. So sind diese sogenannten „Schutzgesetze" nichts als eine Farce!

Erst einmal fallen nur solche Daten unter das Gesetz, die weitergegeben werden, nicht aber die Sammlung von Daten selbst. So heißt es unter § 2 „Dieses Gesetz schützt personenbezogene Daten, soweit sie ... in Daten gespeichert oder sonst verarbeitet werden, es sei denn, daß die personenbezogenen Daten nicht für die Weitergabe an Dritte bestimmt sind." Das heißt, wenn die Kapitalisten sich schwarze Karteien über revolutionäre und klassenkämferische Arbeiter anlegen, sollen sie nach dem Gesetz keineswegs verpflichtet werden, die Bespitzelten darüber zu informieren. Dabei wird in der Begründung der Bundesregierung zu dem Gesetzentwurf sogar noch selber zugegeben, daß die Kapitalisten solche Daten besitzen (Begründung A, 3.(4)). Bei gesammelten Daten also, die nicht an andere Verbände weitergegeben werden, besteht nicht im geringsten eine Benachrichtigungspflicht. Weiter geht es dann im Gesetz mit der Regelung der „Ausnahmen", die tatsächlich aber die Regel darstellen:

§ 2, Abschnitt 3, besagt: „Die Verarbeitung personenbezogener Daten, die vom Gesetz geschützt werden, ist nur zulässig, wenn ... 2. dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift sie erlaubt." Das heißt, daß durch irgendeine Rechtsvorschrift, die von den Justizapparaten jederzeit geschaffen werden kann, alle, aber auch alle Daten gespeichert oder verwendet werden dürfen – ganz wie es dem kapitalistischen Staatsapparat gerade paßt. Weiterhin regelegt § 3 Absatz 3, daß sowieso nicht von diesem Gesetz betroffen sind insbesondere „Akten, Aktensammlungen und Bücher", d.h., daß ganze Aktensammlungen über jedermann angelegt werden dürfen, ohne daß der Betroffene davon unterrichtet wird.

Und unter § 8, Absatz 1 heißt es ganz offen: „Die Weitergabe personenbezogener Daten ist zulässig, ... soweit der Empfänger ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der weiterzugebenden Daten glaubhaft macht und dadurch schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden." Da die Verfolgung, Bespitzelung und Erfassung von revolutionären und fortschrittlichen Menschen stets ein „berechtigtes Interesse" des kapitalistischen Staatsapparates war und ist, werden demnach auch künftig Kapitalisten, Gewerkschaftsapparat, Justiz und der ganze Staatsapparat ihre Daten untereinander austauschen können, ohne die betroffenen Personen zu informieren. Extra ausgenommen von der Veröffentlichung ihrer Datensammlungen werden unter § 10, Satz 1 die „Ämter für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, der militärische Abschirmdienst, das Bundeskriminalamt, die Behörden der Staatsanwaltschaft und der Polizei sowie die Bundes- und Landesfinanzbehörden. Diese Behörden werden auch unter § 11 (2), wo festgelegt wird, daß bei Datensammlung eine Auskunftpflicht gegenüber den betroffenen Personen besteht, ausdrücklich ausgenommen.

Alles in allem: Die einzigen, die verpflichtet sind, Auskunft über die Speicherung von Daten zu erteilen, sind sogenannte Auskunfteien – es sei denn, sie bewahren ihre Informationen nicht in Daten auf, sondern in Akten, Aktensammlungen oder Büchern.

WAS BLEIBT VON DEM GESETZ ÜBRIG?

Übrig bleibt, daß jede Bespitzelung der Werktätigen erlaubt ist und die Werktätigen darüber in so gut wie keinem Fall informiert werden. So entpuppt sich das sogenannte „Datenschutzgesetz" in Wahrheit als ein Spitzelgesetz der Bourgeoisie gegen die Werktätigen, eine Maßnahme im Rahmen der Faschisierung, um die Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen auszubauen und zu erweitern.

Moderne Datenverarbeitung ist eine große Sache. Sie bedeutet keineswegs die „Herrschaft von Maschinen über Menschen", wie bürgerliche und kleinbürgerliche Futurologen es stets beschwören. Im Gegenteil kann die Datenverarbeitung den Menschen wichtige Vorzüge bringen, kann zu einer wichtigen Produktivkraft werden. Aber auch hier ist eben die Klassenfrage entscheidend: In wessen Hand befinden sich diese Instrumente, wofür und wogegen werden sie eingesetzt. Im Kapitalismus dient die Datenverarbeitung der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. Im Sozialismus dagegen, z.B. in China wird heute schon die Datenverarbeitung auf selbst entwickelten Anlagen in Forschung und Produktion eingesetzt: Zur Erleichterung der Arbeit der Werktätigen, im Dienste des ganzen Volkes.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Am 24. 5. begann in München der Prozeß gegen Genossen Peter K. wegen „Verunglimpfung des Staates". Dieser Prozeß ist nicht nur ein massiver Angriff auf einen Kommunisten, er stellt auch einen Angriff dar auf das Recht von Angeklagten, sich vor Gericht zu verteidigen. Peter K. hatte bereits im November 1974 einen Prozeß, weil er im Gerichtssaal für die Freiheit von Genossen Klaus Kercher gekämpft hatte. Während der Verhandlung ließ der Staatsanwalt Notizen beschlagnahmen, auf denen Genosse Peter K. Stichworte für sein geplantes Schlußwort notiert hatte. Aus diesen Notizzetteln bastelte der Staatsanwalt Wahl, Münchens berüchtigter Kommunistenjäger, eine neue Anzeige gegen den Genossen – obwohl Peter diese Notizen nicht einmal für sein Schlußwort verwenden konnte und dann auch zu einen ganz anderen Thema sprach. Er erhielt einen Strafbefehl über DM 1 200, gegen den er Einspruch einlegte.

PROZESS GEGEN ERNST AUST UND GERNOT SCHUBERT VERSCHOBEN!

Am 21. Mai sollte in Hamburg der Berufungsprozeß gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert wegen des ROTEN MORGEN Nr. 23/73 beginnen. Der Prozeß wurde jetzt verschoben.

Berichtigung

In der Rede der Genossin Karin Wagner vor Gericht: „Isolation ist Folter", die wir im RM 21/76 gekürzt abdruckten, kann durch sinnentstellende Auslassungen bei der Satzerstellung der Eindruck entstehen, als würde Genossin Karin mit einem Zitat aus dem „Spiegel" einer Meinung sein. Wir drucken daher an dieser Stelle noch einmal die entsprechende Passage im richtigen Wortlaut ab:

„Daß Isolation eine besonders geeignete Methode ist, um Geständnisse zu erpressen, wissen nicht erst die heutigen Imperialisten. Das wußten auch die Hitlerfaschisten. In einem Aufsatz der Isolationsfolterspezialisten Gross (der übrigens aus der CSSR kommt) und Svab heißt es: ‚Wenn wir die Absicht, die die Nazis durch Anwendung der psychologischen Gewalt, durch Isolation des Einzelnen verfolgt haben, betrachten wollen, kann man sagen, daß neben den Fällen, wo Isolation als Strafe verwendet wurde, hat sie in der großen Mehrzahl der Fälle als ein Mittel gedient, mit dem sie von ihren Opfern ein Bekenntnis heimlichter Tatsachen erzwingen wollten.' Heute wird diese Methode der Folter im großen Stil betrieben.

Daß die Bourgeoisie sehr genau um die Folgen der Isolationsfolter weiß, davon zeugt auch ein Artikel im ‚Spiegel', wo diese Autoren die Foltermethoden der Imperialisten in unverschämter Manier gerade in der Demokratischen Republik Vietnam, wie in der Volksdemokratischen Republik Korea zu unterstellen suchen. Dennoch zeigt sich auch in diesen Lügen, daß der Bourgeoisie wie ihren Schreiberlingen sehr wohl die Folgen der Folter bekannt sind. So heißt es im Spiegel Nr. 17/76, S. 129:

‚Zahlreiche psychatrische Untersuchungen von Korea- und Vietnam-Gefangenen hatten die Effizienz des Brutal-Drills längst fraglich erscheinen lassen. Kleine GIs, ebenso wie hochdekorierte Kriegshelden waren nicht etwa durch Folter oder Erniedrigung weich geworden. Sie zerbrachen vielmehr am Druck der destruktiven Wirkung längerer Isolation und Dunkelhaft."

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

DORTMUND

Den ganzen 1. Mai über fand im Dortmunder Westfalenpark das große „Mai-Feiern" des DGB statt. Besonders geworben wurde vom DGB für den „Jugendtreff", der unter der Schützherrschaft von Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe stand. Hier sollten die Jugendlichen mit Song, Sport und auch ein wenig Diskussion für den Regierungsmai eingefangen und zugleich die Jugendarbeit des DGB aufpoliert werden.

Für den Abend war eine Life-Sendung der „Radiothek" vom WDR angekündigt. Aus „life" wurde nichts. Damit haben ja die Verantwortlichen des WDR auch nicht die besten Erfahrungen (so mit der Life-Sendung „VOR ORT", wo die Bauern und Winzer von Wyhl unzensiert so manches über ihren Kampf im Rundfunk verbreiteten, was diesen Herren überhaupt nicht paßte). Stattdessen Diskussion über die Sendung „Radiothek".

Schon vor Beginn der Veranstaltung verteilten Genossen der Partei und der Roten Garde unter den Besuchern Flugblätter zu den anstehenden RM-Prozessen.

DGB-Ordner, die unter den Zuschauern saßen, einer mit Walkie-Talkie, wollten dagegen einschreiten. Doch ohne Erfolg, denn sie handelten sich den Zorn einiger Besucher ein, die scharf dagegen protestierten und demonstrativ gleich mehrere Flugblätter vor den Augen der Ordner uns abnahmen. Insgesamt konnten 500 Flugblätter und einige RM-Extrablätter zum 1. Mai verteilt werden.

Es gelang uns auch in der „Diskussion über Radiothek" über mehrere Minuten unseren Beitrag zum 1. Mai über die bereitgestellten Mikrofone zu bringen. Wir informierten die Anwesenden über das provokatorischerweise am 1. Mai in Kraft tretende 14. StRÄG und seine Konsequenzen und wiesen vor allem auf die anstehenden Prozesse gegen den ROTEN MORGEN hin. Dieser Beitrag stieß auf großes Interesse, auch wenn er nichts mit dem von den Veranstaltern geplanten Thema zu tun hatte. Einzig einige Revisionisten sahen sich genötigt bei der Erwähnung des ROTEN MORGEN zu pfeifen und zu buhen. Sie waren auch die einzigen. Damit dokumentierten sie offen, daß die die Verfolgung einer kommunistischen Zeitung durch die Klassenjustiz sehr begrüßen.

1848

Das Leben und Wirken des größten Lehrers des Proletariats, Karl Marx, ist durch einen dauernden, immerwährenden Kampf gegen die Zensur, für die Freiheit der revolutionären Presse gekennzeichnet.

Oktober 1842 – April 1843

Mit Marx als Chefredakteur erscheint die "Rheinische Zeitung". Dann wird sie verboten, Marx muß nach Paris emigrieren. Die Revolution hat in Deutschland kein legales Organ mehr. Von Paris aus kämpft Marx weiter. Er schreibt in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern – Der Preußische Staat sucht ihn aufgrund seiner Artikel wegen Hochverrats. Er schreibt in in Paris erscheinenden "Vorwärts": Auf Betreiben der preußischen Regierung wird der Vorwärts verboten. Marx

1933

GESTAPO

DURCH LICHT ZUR NACHT

1963

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht!

Diese Wahrheit wollen sie unterdrücken!

ROTER MORGEN 1976

Aus Anlaß des Prozesses gegen den ROTEN MORGEN hat die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unter dem Titel „Freiheit für den ROTEN MORGEN!" eine „Bildmappe über die Verfolgung der fortschrittlichen und kommunistischen Presse früher und heute" herausgegeben. Die Bildmappe, die aus 18 Plakaten besteht, zeigt anhand der Geschichte der letzten 150 Jahre in Deutschland auf, wie die Bourgeoisie immer wieder versucht hat, die revolutionäre und kommunistische Presse des Proletariats zu unterdrücken, wie sie Strafen verhängte, Verbote erteilte. Die Plakate zeigen aber auch, wie dennoch, trotz Verbot, trotz auch offen faschistischer Unterdrückung, die kommunistische Agitation und Propaganda von den Kommunisten verbreitet wurde. Die letzten 6 Plakate gehen ein auf die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML. Es wird gezeigt, gegen welche Artikel im ROTEN MORGEN seit 1972 von der bürgerlichen Klassenjustiz vorgegangen wurde und wird, und es wird aufgerufen, mit dem ROTEN MORGEN gegen diese Angriffe der Bourgeoisie solidarisch zu sein.

Die Bildmappe, die im Format DIN A 3 erscheint und im Schwarz-Rot-Druck hergestellt ist, kann zum Preis von 12 DM bestellt werden bei:

RHD
Stollenstr. 12
4600 Dortmund 1
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 172 058 531
Chr. Bartels

Gesellschaft für die Verbreitung
des wissenschaftlichen Sozialismus
2000 Hamburg 11
Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72–207

bei allen Parteibüros der
KPD/ML

Mitglied des Regionalkomitees NRW der GRF

Warum ich aus der GRF ausgetreten bin

Im Verlauf des ideologischen Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML haben sich in den letzten Monaten weit über 100 Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe Rote Fahne (KPD) um die KPD/ML zusammengeschlossen, und haben den Kampf in ihren Reihen aufgenommen. Zu diesen Genossen gehört auch eine Genossin aus Nordrhein-Westfalen, die bisher einer Ortsleitung der GRF(KPD) angehörte und Mitglied des Regionalkomitees NRW der Gruppe Rote Fahne war. Aus einem Gespräch, das der ROTE MORGEN mit der Genossin führte, veröffentlichen wir im folgenden Auszüge.

RM: Genossin, Du hast Dich entschlossen, aus der GRF(KPD) auszutreten und Deinen Kampf unter der Führung der KPD/ML zu führen. Was ist der Grund dafür?

Antwort: Der entscheidende Grund für diesen Schritt ist, daß ich die KPD/ML für die Kommunistische Partei in Deutschland halte und ihre Linie als korrekt ansehe. Es geht dabei nicht nur darum, die heutigen Aussagen der KPD/ML als richtig anzuerkennen, sondern die Tatsache, daß die KPD/ML von Anfang an auf korrekten marxistisch-leninistischen Grundlagen stand.

RM: Wie aber bist Du zur GRF(KPD) gekommen?

Antwort: Ich bin seit drei Jahren Mitglied der KPD. Davor war ich ein Jahr lang Kandidatin. Vor eineinhalb Jahren wurde ich in die Ortsleitung und vor einem Jahr in das Regionalkomitee NRW gewählt. Als ich damals zur KPD kam, wußte ich nur wenig von der KPD/ML. Gelesen habe ich von der KPD/ML damals nichts, weil ich meinte, daß dies Sektierer sind, die sich ständig spalten und völlig unbedeutend sind – so war zumindest das damalige Bild, das über die KPD/ML verbreitet wurde. Von der Auseinandersetzung in der alten KPD, von der Auseinandersetzung in der Kommunistischen Weltbewegung war mir damals nichts bekannt.

Ich fing dann an, die Polemik über die Generallinie zu lesen, fand das richtig und – im Gegensatz zu Diskussionen mit den Genossen, mit denen ich arbeitete – klar und verständlich. Ich ging damals davon aus, daß diese Aussagen der chinesischen Genossen die Grundlage für die Politik der KPD bildeten und wunderte mich nur manchmal, daß all dies in der Schulungsarbeit wie in Diskussionen keine Rolle spielte. Ich kam dadurch zu dem Schluß, daß diese Dinge für heute nicht mehr die Bedeutung hätten und anderes auf der Tagesordnung stünde.

RM: Kannst Du vielleicht ein Beispiel dafür geben, was damals bei Euch „auf der Tagesordnung" stand, worin Eure Arbeit vor allem bestand?

Antwort: Die Genossen waren immer dabei zu planen, wie man die Massen in Bewegung bringen könnte. Z.B; wie man die Arbeiter bei Mannesmann – ich war in dieser Zelle organisiert – zum Streik bringen könnte. Bei diesen Plänen hatte ich immer das Gefühl, daß die Genossen eine wesentliche Seite nicht beachten. Ich konnte aber nicht klar sagen, was nun wirklich das Falsche daran war. Sie gingen jedenfalls nur davon aus, daß auf diesem Weg – wenn die Kämpfe immer radikaler würden – die Revolution gemacht werden würde. Aus dieser falschen Vorstellung heraus entwickelte sich bei manchen Genossen eine verächtliche Haltung gegenüber der Arbeiterklasse, weil man soviel für sie tue und sie keine Reaktion zeige. Es entwickelte sich auch die Meinung, daß man dann eben nur dorthin gehen müsse, wo die spontane Bewegung der Massen am stärksten sei.

So wurde eine Taktik entwickelt, verstärkt in Stadtteilkämpfe einzugreifen und dort den großen „Durchbruch" zu erwarten. Wir gingen damals nach Garath, einem Neubaugebiet im Düsseldorfer Süden, wo horrende Mieten verlangt wurden, die jedes Jahr erhöht wurden. Dort gab es Widerstand von Seiten der Bevölkerung, in den sich die D„K"P eingeschlichen hatte – besonders der sich volkstümlich gebende Revisionist Volker Götz. Um im Stadtteil bekannt zu werden, billigten die D„K"P-Revisionisten sogar einige radikale Kampfformen wie die Besetzung der Sparkasse usw. Unser Herangehen war damals so, daß wir – geblendet von der „Radikalität" des Volker Götz – einen Widerspruch dieses Verräters zur D„K"P konstruierten, weil wir gar nicht sahen, wo die wirkliche Differenz zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten besteht. Wir beschränkten diese Differenz auf das mehr oder weniger radikale Herangehen an Tageskämpfe, weil wir die Aufgaben der Kommunisten nicht darin sahen, in diesen Kämpfen das strategische Ziel klarzumachen und die Entschiedensten für die Positionen des Kommunismus zu gewinnen.

Der Grund für diesen Fehler war, daß der Trennungsstrich zum modernen Revisionismus nicht richtig gezogen wurde. Selbst als wir erkannten, daß die Zusammenarbeit mit den Revisionisten falsch ist, bekämpften wir dies nicht richtig, sondern als „Fehler unter anderen."

Diese Haltung zum modernen Revisionismus zeigt auch noch ein anderes Beispiel: Der Revisionist Götz hat damals die Spaltung zwischen uns und den Genossen der KPD/ML vorangetrieben: Er hetzte auf die „Sektierer der KPD/ML", mit denen kein Auskommen gewesen sei. Wir aber nahmen nie die Genossen der KPD/ML vor diesem durchtriebenen Element in Schutz, weil wir das Taktieren gegenüber den Revisionisten für wichtiger erachteten, als die Frage, ob man die Arbeiterklasse grundsätzlich verrät. So begibt man sich in das Fahrwasser des modernen Revisionismus.

Ein Einschnitt in unserer Arbeit war die Programm-Diskussion, bei der die Auseinandersetzung um die Hauptparole der KPD besonders wichtig war. Sie hieß damals: „Gegen Monopoldiktatur! Für Volksdemokratie!" Ich habe damals diese Parole unterstützt. Ich wußte nicht einmal, daß die strategische Hauptparole der KPD/ML heißt: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" So wenig habe ich mich damals mit den wirklichen Fragen des Klassenkampfes befaßt. Genossen haben auf dem Parteitag den Antrag gestellt, daß die strategische Parole so lauten soll wie die der KPD/ML und die bisherige Parole gestrichen wird. Dies wurde abgelehnt und stattdessen an die bisherige Parole der Zusatz angehängt: „Die Arbeiterklasse an die Macht!"

Trotz dieser heute offensichtlichen Fehler wurde bisher keine Selbstkritik zu dieser Parole geleistet. Es wird mit Stillschweigen übergangen, daß die strategische Parole der KPD/ML von Anfang an war: „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" Wir haben da keineswegs etwas weiterentwickelt, sondern wir haben lange Zeit falsche Aussagen verbreitet, die den Zusammenschluß um die richtige Sache verhindert haben. Dafür muß man Selbstkritik leisten, dem kann man nicht aus dem Wege gehen.

RM: Als die GRF(KPD) ihre Linie wandelte in der Frage des Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte, gab dies auch für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten einen neuen Aufschwung. Die KPD/ML hat damals den ideologischen Kampf um die grundlegenden Fragen der politischen Linie verstärkt. Wie wirkte sich das auf den Kampf zweier Linien in der Organisation aus?

Antwort: Als in der KPD die Ausrichtungsbewegung zum Kampf gegen die Supermächte begann, waren die meisten Genossen zwar über die neuen Aussagen überrascht – für die meisten aber war es ein wichtiger Schritt, den sie mitmachten, obwohl in der KPD zuvor nicht darüber beraten wurde. Das ist für mich ein Zeichen dafür, daß die meisten Genossen wirklich den Kampf für den Sozialismus führen wollen. Als dann die Broschüre der KPD/ML zur Politik der KPD erschien, wurde sie von den meisten Genossen als wichtiger Beitrag zur Korrektur alter Fehler der KPD gesehen. Erst mit dem Erscheinen der Broschüre der KPD zur politischen Linie der KPD/ML wurde die Begeisterung etwas gebremst. Ich kann für mich sagen, daß ich ohne das theoretische Organ der KPD/ML nicht hätte verstehen können, wo die Ursachen der Fehler in der Vergangenheit tatsächlich liegen. Erst in der Auseinandersetzung mit den Aussagen der KPD/ML, die keineswegs sektiererisch oder dogmatisch, sondern marxistisch-leninistisch sind, ist es mir zumindest zum Teil gelungen, die Fehler der Vergangenheit selbstkritisch zu sehen. Von dem Zeitpunkt an habe ich dann den ROTEN MORGEN gelesen. Ich habe mich zu Anfang gewundert, daß die dort getroffenen Aussagen klar und verständlich sind. Das liegt eben nicht daran, daß die Dinge vereinfacht dargestellt werden, wie manche Genossen sagen, sondern daß sie richtig sind, daß sie mit der Klassenwirklichkeit übereinstimmen.

Mit der Ausrichtungsbewegung begann endlich auch eine verstärkte Schulungsarbeit. Wir haben bei uns am Ort zunächst Stalins „Über die Grundlagen des Leninismus" studiert und begannen dann mit „Über den Widerspruch" von Mao Tsetung und der „Polemik zur Generallinie". Bei dem Studium dieser Texte kamen uns dann die ersten Bedenken, ob die Aussagen, wie sie in der Erklärung des ZK der KPD vom November festgelegt sind, richtig sind. Wir erwarteten, daß vor allem die Feststellung von den „zwei hauptsächlichen Widersprüchen" zurückgenommen wird und stattdessen festgestellt wird, daß der Klassenwiderspruch der Hauptwiderspruch ist. Stattdessen aber kamen Ausführungen von der Zentrale, daß möglicherweise für ganz Deutschland der nationale Widerspruch der Hauptwiderspruch sei, weil man von der Nation als Ganzem ausgehen müsse und ein Teil der Nation schon vom russischen Sozialimperialismus besetzt sei. Auch wenn diese Aussage so nicht mehr aufrechterhalten wird, zeigt das schon sehr deutlich, von welchem Standpunkt aus an die Lösung solcher Fragen herangegangen wird.

Viele Genossen, gerade auch außerhalb der KPD, begannen sich in dieser Zeit weitere Fragen zu stellen: ob die Ausführungen, die wir z.B. zum modernen Revisionismus, zur Frage des gerechten Krieges, zu den US-Truppen und zur Bundeswehr machen, richtig sind. Viele Genossen haben damals die Selbstkritik des ZK der KPD als unzureichend angesehen. Von manchen Genossen wurden – gerade nach dem Studium der Polemik über die Generallinie – weiter Überlegungen angestellt, ob denn die Gründung der KPD ein richtiger Schritt gewesen ist.

Diese Ansätze von Kritik an der Linie der KPD, die Bestrebungen vieler Genossen, von den Aussagen der Klassiker her die Linie zu überprüfen, zu untersuchen, wie sich diese Linie in der Praxis niederschlägt, wurde von mir zu der Zeit nur soweit unterstützt, daß ich versuchte, den Genossen die grundlegenden Ausführungen der Klassiker wie auch die Aussagen der chinesischen und albanischen Genossen zu vermitteln. So etwas aber erreicht sehr schnell dann seine Grenze, wenn man z.B. in der Frage des modernen Revisionismus versucht, das Wesen, die Grundlage zu klären, wenn gleichzeitig in der ZK-Erklärung der KPD vom November diese Grundlage als Nebenseite betrachtet wird und der moderne Revisionismus in der Praxis fast ausschließlich als Agentur des Sozialimperialismus angegriffen wird. Oder aber in der Frage des Hauptwiderspruchs – wenn Mao Tsetung schreibt, daß der Hauptwiderspruch in den kapitalistischen Ländern der zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist, in der ZK-Erklärung der KPD von zwei hauptsächlichen Widersprüche die Rede ist – das kann man dann nur mit ungeheuren Windungen „erklären".

RM: Welche Schlußfolgerungen sind Deiner Meinung nach daraus zu ziehen?

Antwort: Ich bin an diese offensichtlichen Widersprüche lange Zeit mit der Hoffnung herangegangen, daß diese bald korrigiert werden. Nachdem aber festgestellt wurde, daß die Entscheidung erst in einem halben Jahr darüber fallen werde, weil weitere Untersuchungen notwendig seien, und es jetzt darum gehe, die Parteilinie auf diesem Stand umzusetzen – sie also z.B. bei den Bundestagswahlen massenhaft unter der Arbeiterklasse und den Werktätigen unseres Landes zu verbreiten – wurde mir klar, daß es eine andere Entscheidung geben muß, um die jetzt eingeschlagene Richtung aufzuhalten.

Ich hatte mich seit längerer Zeit als jemand verstanden, der in wichtigen Punkten die Linie der KPD/ML in der KPD vertritt. Was ich nicht verstanden hatte war, daß die Vorstellung von den zwei gleichberechtigten Parteien nicht richtig ist, sondern daß es um die marxistisch-leninistische Linie geht – und diese Linie wird nicht bruchstückhaft in jeder Partei vertreten, sondern diese Linie vertritt die KPD/ML. Wenn es so wäre, daß die KPD weitgehend sich auf die marxistisch-leninistische Linie gestellt hätte, bestände keine Notwendigkeit in so vielen Fragen den Kampf gegen falsche Positionen zu führen. Gerade die Kritik der KPD an der Neujahrsbotschaft, an der Gründung der Sektion DDR und an der Präsidiumserklärung der KPD/ML zeigt, wie sehr von der KPD nicht einzelne Aussagen kritisiert werden, sondern die marxistisch-leninistische Herangehensweise an die Fragen des Klassenkampfes.

Wenn man es ernst meint mit der Einheit der Marxisten-Leninisten, muß man anerkennen, daß die Grundlinie der KPD/ML richtig ist und nicht die KPD es war, die von Anfang an die „hauptseitig" richtige Linie hatte. Das läßt sich an allen Ausführungen überprüfen. Dort, wo falsche Aussagen von der KPD/ML gemacht wurden, wurde klare und eindeutige Selbstkritik geleistet. Wenn man das überprüft, wird man zwangsläufig dazu kommen, daß die KPD/ML die kommunistische Partei in Deutschland ist, weil sie auf korrekten Grundlagen gegründet wurde und diese Grundlagen keineswegs verlassen hat. Die Einheit der Marxisten-Leninisten auf diesen Grundlagen – das ist die Aufgabe, der sich jeder Genosse stellen muß.

Den Genossen, die mich vor einem Jahr in das Regionalkomitee NRW gewählt haben, möchte ich sagen, daß ich meinen Schritt, die KPD zu verlassen und mich der KPD/ML anzuschließen, so verstehe, der richtigen Linie zum Durchbruch zu verhelfen. Ich bin der Meinung, daß dieser Schritt richtig ist, und daß er mehr nützen wird für die Einheit der Marxisten-Leninisten, als meine gesamte Arbeit im Regionalkomitee NRW. Meine Aufforderung an Euch ist es, die Aussagen der KPD wie der KPD/ML genau zu prüfen – anhand der Klassiker, wie anhand der Praxis und zu entscheiden, was richtig und was falsch ist.

Universität Dortmund

Rektoratsübergabe gesprengt!

Ganze 12 Minuten dauerte die offizielle Feier zur Amtseinführung des neuen Rektors der Universität Dortmund. Denn solange brauchte eine Demonstration von rund 100 Studenten der Dortmunder Hochschulen, bis sie alle Sperren überwunden und zur Feier vorgedrungen war. Dort forderten sie in lauten Sprechchören Rederecht. Dadurch gaben sie ihrer Empörung über die Steigerung der Mensapreise um 40 % bzw. 50 % und ihrer Entschlossenheit, den Kampf nicht nur mit einem unbefristeten Mensaboykott, sondern auch mit anderen, militanteren Mitteln fortzuführen, Ausdruck. Dieser Boykott und auch die Notmensa stehen seit zwei Wochen an Uni und PH ungebrochen, und die Hoffnungen des Studentenwerks auf ein Abbröckeln der Kämpfe wurden bitter enttäuscht.

Der neue Rektor versuchte natürlich mit allen Mitteln, von der liberalen Tour bis zu Drohungen nichts unversucht, die protestierenden Studenten rauszuschmeißen. Diese aber beharrten auf dem verweigerten Rederecht und riefen laut Parolen gegen die Preiserhöhungen und die drohenden Mensenschließungen. Der Rektor wagte es nicht, die bereitgehaltene Polizei zu holen, zog es aber doch vor, mit seinen ‚hohen Gästen' das Uni-Gelände zu verlassen und weitab unter Polizeischutz weiterzufeiern. Das kalte Bufett, das in der Mensa für die Minister hergerichtet war, im Wert von über 6 000 DM ließen die Herren stehen und verteilten es am nächsten Tag als „Almosen" an die Angestellten!

Ein Punkt aber ist besonders interessant, nämlich die Stellung des ‚M'SB-AStA zu diesem Kampf. Während sie sich bei der Sprengung selbst wortradikal geben mußten und sich auf die Seite der protestierenden Studenten stellen mußten, um sich nicht vollends zu entlarven, zeigten sie nachher ihr wahres verräterisches Gesicht. Die bürgerliche Presse schrieb: „... ließen 2 AStA-Mitglieder den Rektor über die mit Bereitschaftswagen angerückte Polizei herausbitten, um ihr Bedauern über den Abbruch der Feierstunde auszudrücken: ‚Wir sind von auswärtigen Studenten zu dieser Aktion genötigt worden', erklärten (die beiden Revisionisten) betreten" (WAZ, 20.5.). Außerdem lieferte der AStA dem Rektor die Namen der Komilitonen aus, die seiner Meinung nach aktiv in dem Boykott-Komitee mitarbeiten – ein weiteres Zeichen dafür, wie die modernen Revisionisten der Bourgeoisie bei der politischen Unterdrückung zuarbeiten!



Etwa 100 Studenten sprengen die Rektoratsübergabe. Sie kämpfen damit gegen die Mensapreiserhöhungen.

Am nächsten Tag spitzte sich die Lage zu. Studentenwerksvorsitzender und Mensaleiter drohten mit Polizeieinsatz – mit dem Erfolg, daß sich nur noch mehr Studenten aktiv an dem Boykott beteiligten und z.B. Boykottposten standen! Mit einer Ausnahme: Einige Revisionisten gingen in die Mensa essen – und wurden daraufhin mit einem gellenden Pfeifkonzert aus der Mensa gejagt!

Die modernen Revisionisten des ‚M'SB haben sich von Anfang an gegen diesen gerechten Kampf der Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lage gestellt. Immer mehr Studenten haben dabei erkannt, daß dies eben keine ‚Irregeleiteten' sind, sondern bewußte Verräter und Saboteure an diesen Kämpfen. Daher wird auch die Forderung nach einem Mißtrauensantrag gegen diesen ‚M'SB AStA immer lauter und er wird auf der nächsten Vollversammlung auch gestellt werden!

Westberlin: Studenten beschlossen Streik!

Mit der Durchsetzung des reaktionären Hochschulrahmengesetzes, das die Universitäten in Westdeutschland und Westberlin noch stärker auf die Interessen der Monopolbourgeoisie ausrichtet und die politische Unterdrückung noch weiter verstärkt, soll auch die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft werden. In der Vergangenheit haben die Studenten diese Gremien studentischer „Selbstverwaltung" zur Durchsetzung ihrer Interessen ausnutzen können. Dies war der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Daher soll nun auch an der Pädagogischen Hochschule in Westberlin die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft werden. Der erste Schritt dazu war, daß die Auszahlung der studentischen Wohlfahrtsgebühren an den AStA verweigert wurde. Die Studenten beschlossen in einer Urabstimmung mit 86,2% der 3 062 abgegebenen Stimmen, drei Tage lang zu streiken, um die Auszahlung der Gelder zu erzwingen. Fast sämtliche Lehrveranstaltungen konnten während des Streiks verhindert werden. Am Freitag fand eine Demonstration statt, an der sich über 1 000 Studenten beteiligten. Um die aktive Durchsetzung des Streiks mußte vor allem gegen die modernen Revisionisten der SEW und ihre Studentenorganisation ADS, die den AStA der PH besetzt hält, ein heftiger Kampf geführt werden.

Anmerkung der Redaktion

In der Berichterstattung über den Mensaboykott an der PH und der Universität Dortmund im ROTEN MORGEN Nr. 21/76 ist uns ein Fehler unterlaufen. Es heißt dort, der AStA der Universität, der von den modernen Revisionisten gestellt wird, habe die Demonstration vom 12.5. auf Druck der Studenten anmelden müssen. Das ist nicht richtig. Die Demonstration war vom AStA schon lange vor Beginn des Mensaboykotts angemeldet worden. Auf der Demonstration kämpfte das Boykottkomitee, das vom KSB/ML unterstützt wird, darum, daß die Demonstration unter seinen Losungen stattfindet. Das konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Die anschließende Demonstration zu den streikenden Druckereiarbeitern jedoch meldete der AStA nicht an und der revisionistische MSB/Spartakus distanzierte sich später sogar von ihr.



Delegation revolutionärer Arbeiter aus der Bundesrepublik besuchte am 1.Mai die VR Albanien

Anläßlich des 1. Mai, des internationalen Kampftags der Arbeiterklasse, nahmen auf Einladung des Gewerkschaftsverbandes Albaniens eine Delegation revolutionärer Arbeiter aus Westdeutschland an den Feierlichkeiten zum 1. Mai in Tirana teil. Im folgenden drucken wir ein Interview mit dem Leiter der Delegation, Genossen Joachim Beyer, über den 1. Mai in Tirana und den Gewerkschaftsverband Albaniens ab.

RM: Kannst Du uns kurz einen Bericht über die Feierlichkeiten zum 1. Mai geben?

Genosse Joachim Beyer: Zuerst möchte ich der deutschen Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen revolutionäre Kampfesgrüße von der albanischen Arbeiterklasse, vom Gewerkschaftsverband und von der Partei der Arbeit Albaniens übermitteln.



Glücklich und stolz feiern die albanischen Volksmassen den 1. Mai

Für uns war es ein großes Erlebnis, den 1. Mai in der Volksrepublik Albanien feiern zu können. Wir haben auf der Ehrentribüne für ausländische Delegationen gestanden. Neben uns war die Tribüne, auf der Genosse Enver Hoxha und die anderen Genossen der Regierung und des Politbüros der Partei der Arbeit Albaniens standen. Als Genosse Enver Hoxha die Tribüne betrat, brauste eine Welle des Jubels und der Begeisterung auf. Genosse Enver Hoxha begrüßte uns mit erhobener Faust. Das war ungeheuer beeindruckend für uns.

Die 1.-Mai-Demonstration in der Volksrepublik Albanien war ein großartiger Ausdruck der Einheit und Geschlossenheit des albanischen Volkes mit der Partei der Arbeit Albaniens und Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Immer wieder blieben die Volksmassen vor der Tribüne stehen, jubelten und winkten Genossen Enver Hoxha zu. Es wurden viele Transparente mit Parolen „Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens" getragen und viele Bilder von den Genossen im Politbüro.

Das albanische Volk feierte stolz seine Siege und Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus, bei der Festigung der Diktatur des Proletariats. Arbeiter verschiedener Werke hatten einige ihrer Erzeugnisse auf Wagen aufgebaut, die Genossenschaftsbauern hatten sich große Kornähren angefertigt, die den Fortschritt in der Landwirtschaft symbolisierten. Aber das albanische Volk zeigte auch seine feste Entschlossenheit, diese Siege und die Diktatur des Proletariats mit der Waffe in der Hand gegen alle inneren und äußeren Feinde Albaniens zu verteidigen.

Die 1.-Mai-Demonstration verlief in einer begeisternden Atmosphäre des proletarischen Internationalismus. Es wurde die Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Kolonialismus und Reaktion sowie die Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Parteien in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern bekundet. Besonders wurde die Freundschaft mit der Volksrepublik China mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze gefeiert. Der 1. Mai in Tirana fand am Abend seinen Abschluß mit einem großen Feuerwerk.

RM: Ihr wurdet vom Gewerkschaftsverband Albaniens eingeladen. Kannst Du uns berichten, wann der Gewerkschaftsverband gegründet worden ist, und welche Aufgaben er hat?

Gen. J. B.: Der Gewerkschaftsverband Albaniens ist nach der vollständigen Befreiung Albaniens von den Nazifaschisten am 11. 2. 1945 unter Leitung der Partei der Arbeit gegründet worden. Vorher gab es in Albanien keine Gewerkschaften. Die Aufgaben des Gewerkschaftsverbandes sind umfangreich. So unterstützt der Gewerkschaftsverband die Umsetzung der politischen Linie und die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeit in den Betrieben. Der Gewerkschaftsverband mobilisiert die Arbeiterklasse für die Erfüllung der Pläne, und er hat sich auch um die sozialen Probleme der Arbeiterklasse zu kümmern. Ein Genosse des Gewerkschaftsverbandes sagte uns: „Die Partei schützt die Interessen der Arbeiter. Die Gewerkschaft hat die Pflicht, die Rechte der Arbeiter zu verwirklichen." Aber das ist nur eine Seite der Arbeit. Bei alledem erzieht der Gewerkschaftsverband die Arbeitermassen im Sinne des Marxismus-Leninismus und führt mit den Arbeitern einen beständigen Kampf gegen bürgerliche und revisionistische Ideologien. Gleichzeitig werden die Arbeiter auch politisch geschult, so werden wichtige politische Ereignisse diskutiert, wie die imperialistische, revisionistische Einkreisung des Landes, die verschiedenen Komplotte der Feinde gegen Albanien, die Krise in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern usw.

RM: Wie sieht das Verhältnis zwischen der Partei der Arbeit und dem Gewerkschaftsverband aus?

Gen. J. B.: Der Gewerkschaftsverband ist ein Werkzeug der Partei der Arbeit, er ist der Transmissionsriemen der Partei zu den Arbeitermassen. Einerseits hilft der Gewerkschaftsverband die Beschlüsse der Partei umzusetzen, andererseits erfährt die Partei über den Gewerkschaftsverband besser die Meinungen und Wünsche der Arbeitermassen. Der Gewerkschaftsverband Albaniens grenzt sich entschieden gegen die revisionistische Theorie von der Neutralität der Gewerkschaften, von der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei, ab.



Empfang der Leiter der Delegationen aus Palästina, Azania, Spanien, Vietnam, Columbien, Portugal, Italien und Westdeutschland beim Präsidenten des Gewerkschaftsverbandes, Genossen Rita Marko.

Die Gewerkschaft ist die breiteste Klassenorganisation des Proletariats und die Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats. Die Partei muß die Gewerkschaften führen. So ist es auch in Albanien. Die Genossen der Partei sind auch in den Gewerkschaften organisiert und in allen Leitungen vertreten. Der Präsident des Gewerkschaftsverbandes ist Genosse Rita Marko. Er ist Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit.

Die Gewerkschaft dient dazu, den Aufbau des Sozialismus, die Festigung der Diktatur des Proletariats unter Führung der Partei voranzutreiben und die Arbeiter in diesem Sinne zu erziehen.

RM: Kannst Du uns die Erziehung der Arbeiterklasse durch den Gewerkschaftsverband einmal genauer erklären?

Gen. J. B.: Das Ziel der Erziehung der Arbeiter durch den Gewerkschaftsverband ist, den neuen Menschen in Albanien zu festigen, die Arbeiter mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus zu wappnen und sie zu Kommunisten zu erziehen. Die Arbeiter sollen in die Lage versetzt werden, den Staat, die Wirtschaft, die Betriebe usw. zu lenken und überall die Arbeiterkontrolle auszuüben. Der Gewerkschaftsverband hat ein System zur Erziehung der Arbeiterklasse organisiert. Das wichtigste Element der Erziehung sind die Zeitungen, vor allem die Zeitung „Puna", das Zentralorgan des Gewerkschaftsverbandes. In den Betrieben werden mit den Arbeitern Schulungen und Diskussionen durchgeführt. In diesem Jahr werden vor allem Fragen der Diktatur des Proletariats neben anderen Themen des Marxismus-Leninismus geschult. Die Arbeiter sind dazu in Schulungskreisen mit 20-30 Mitgliedern zusammengefaßt.

Der Gewerkschaftsverband legt großen Wert darauf, daß die Arbeiter eine richtige Einstellung zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum besitzen und daß die Arbeiter das Interesse der albanischen Arbeiterklasse und Volksmassen an die erste Stelle vor den persönlichen Interessen stellen.

Auch die fachliche und kulturelle Ausbildung spielt bei der Erziehung eine große Rolle. Einige Betriebe haben sich z. B. selbst Kulturhäuser gebaut, wo die Arbeiter gemeinsam lernen, singen, tanzen usw. Das wird vom Gewerkschaftsverband unterstützt.

Die Arbeiter Albaniens leisten Arbeit von sehr hoher Qualität und sie besitzen große fachliche Kenntnisse. Ca. 50% der Arbeiter haben die 11jährige Mittelschule besucht, ca. 80% der Arbeiter gehen zusätzlich noch auf Abendschulen und ca. 60 000 Arbeiter nehmen an Kulturgruppen, wie Volkstanz-, Theater-, Singgruppen teil. Aber die albanischen Arbeiter stellen immer die Politik, den Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse in allen Bereichen an die erste Stelle. Das ist eine scharfe Waffe gegen den Revisionismus. Das Ergebnis ist, daß die Diktatur des Proletariats gefestigt wird und noch größere Initiativen von den Arbeitern entfaltet werden und sich ihr Leben weiter verbessert.

RM: Kannst Du uns zum Schluß bitte noch etwas über den organisatorischen Aufbau und die Zusammensetzung des Gewerkschaftsverbandes sagen?

Gen. J. B.: In jedem Betrieb gibt es mehrere Grundorganisationen des Gewerkschaftsverbandes. Sie werden entsprechend der Brigaden und der Schichten organisiert. Auf jeden Fall sind nicht mehr als ungefähr 30 Arbeiter und Arbeiterinnen darin zusammengefaßt. In diesen Grundorganisationen werden auch die Schulungen durchgeführt. Einmal im Jahr wählt sich jede Grundeinheit eine Leitung aus 3 - 7 Arbeitern oder Arbeiterinnen je nach der Größe. Die verschiedenen Leitungen wählen sich dann eine zentrale Leitung im Betrieb, die von der Bezirksleitung des Gewerkschaftsverbandes angeleitet wird. Die Bezirksleitungen werden vom Zentralrat des Gewerkschaftsverbandes angeleitet. Alle 2 Jahre wird das Präsidium und der Präsident aus dem Zentralrat gewählt. Das Präsidium besteht aus ca. 5 Mitgliedern. Es wird darauf geachtet, daß die Zahl der Genossen, die im Gewerkschaftsapparat arbeiten, möglichst klein gehalten wird, denn die hauptsächliche Arbeit muß im Betrieb bei der Arbeit geleistet werden. Der Zentralrat sowie die verschiedenen anderen Leitungen bestehen hauptsächlich, zu ungefähr 80%, aus Arbeitern. Eines möchte ich noch hervorheben: Der Gewerkschaftsverband Albaniens hat auch Beziehungen zum Ausland und unterstützt die Befreiungsbewegungen sowie die Kämpfe der Arbeiterklasse in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. Er schätzt die internationale Solidarität der Arbeiterklasse hoch ein, ein Ausdruck davon war auch unser Besuch.

RM: Wir danken Dir für das Gespräch, Rot Front!

Die modernen Revisionisten in Westeuropa

Im Dienst der Bourgeoisie und des USA-Imperialismus

Während der Tagung der Außenminister der Länder des aggressiven Natopakts in Oslo war die mögliche Beteiligung der italienischen modernen Revisionisten an der Regierung eines der Hauptthemen der Gespräche hinter verschlossenen Türen. Dieses Problem beschäftigt die Regierungen der westlichen imperialistischen Länder schon seit geraumer Zeit.

Wie sieht denn die Haltung der modernen Revisionisten Italiens, Frankreichs, Portugals – eines Berlinguer, Marchais und Cunhal – gegenüber der Nato und ihrem Oberhaupt, dem amerikanischen Imperialismus aus? Sind sie wirklich die „konsequenten Antiimperialisten", für die sie sich in ihrer Propaganda ausgeben? Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die modernen Revisionisten Frankreichs, Italiens usw. haben nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verraten und sind zu einer konterrevolutionären Kraft an der Seite der Monopolbourgeoisie geworden, sie leisten ihre Dienste auch dem amerikanischen Imperialismus und sind sogar so weit gegangen, offen für die amerikanischen Militärstützpunkte einzutreten. Sie unterstützen die Existenz der beiden aggressiven Militärblöcke in Europa, der Nato und des Warschauer Pakts. Lassen wir Berlinguer, den Chef der italienischen Revisionisten selbst zu Wort kommen. Er sagte: „Wir schlagen nicht vor, daß Italien aus den internationalen Organisationen, denen es angehört, austritt. Wir schlagen dies auch nicht vor, wenn wir in der Regierung wären. Wir halten uns besonders an den Europäischen Gemeinsamen Markt und an die Nato." Ähnlich offenherzige Beteuerungen haben nicht nur die italienischen modernen Revisionisten, sondern auch die revisionistischen Parteien anderer westlicher Länder abgegeben.

Die modernen Revisionisten haben auch in Praxis bewiesen, daß sie sich gegegen die Lebensinteressen der Völker, die für die Vertreibung der amerikanischen Imperialisten und der Nato kämpfen, auf die Seite dieser Feinde der Völker gestellt haben. Die italienische Zeitschrift „Panorama" weist auf folgendes hin: „Seit drei Jahren tritt die Kommunistische Partei (gemeint sind die modernen Revisionisten – RM) weder im Parlament noch in ihrer Parteipresse dafür ein, daß Italien aus dem Atlantikpakt austritt. Die Losung – Italien raus aus der Nato, Nato raus aus Italien – ist in Vergessenheit geraten." Cunhal und seine revisionistische Partei, die seit dem 25. April 1974 ununterbrochen an der portugiesischen Regierung beteiligt sind, haben die Mitgliedschaft Portugals in der Nato immer verteidigt. Während Tausende gegen die Natomanöver vor den Küsten Portugals und den amerikanischen Imperialismus demonstrierten, riefen sie die Volksmassen zur Ruhe auf. Auch die isländischen Revisionisten, die lange Zeit einige Minister in der bürgerlichen Regierung des Landes stellten, sind niemals gegen die Mitgliedschaft Islands in der Nato aufgetreten. Die modernen Revisionisten segeln also im gleichen Fahrwasser wie die Monopolbourgeoisien ihrer Länder, die sich allesamt mit dem amerikanischen Imperialismus verbunden haben. Als Lakaien ihrer eigenen Bourgeoisie, für die Beteiligung an der Regierung und der Verwaltung des bürgerlichen Staatsapparates sind sie zu erbitterten Feindes des Kampfes der Völker für ihre soziale und nationale Befreiung geworden. Die Bourgeoisie ihrerseits honoriert diese Haltung damit, daß sie den modernen Revisionisten, angesichts der tiefen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise, die Italien, Frankreich usw. erfaßt hat, eine immer größere Rolle im politischen Leben ihrer Länder zubilligt. Für sie sind die modernen Revisionisten eines der Mittel, um ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse, um die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die Chefs und Minister verschiedener westlicher imperialistischer Länder, unter ihnen auch Kanzler Schmidt, eine mögliche Beteiligung der italienischen Revisionisten an der Regierung mit Gelassenheit betrachten.

Was macht aber vor allem die amerikanischen Imperialisten so besorgt, daß sie immer wieder vor einer Beteiligung der italienischen Revisionisten an der Regierung warnen? Die amerikanischen Imperialisten fürchten, daß eine Beteiligung der italienischen Revisionisten an der Regierung vor allem dem russischen Sozialimperialismus zugute kommen würde. **„Alte Verbindungen ausnützend"**, heißt es in einem Kommentar von Radio Tirana dazu, **„setzt natürlich der sowjetische Sozialimperialismus alles daran, die revisionistischen Parteien Westeuropas in das Fahrwasser der sowjetischen Hegemoniepolitik in Europa zu bringen. Die revisionistischen Parteien sind jedoch in erster Linie Lakaien ihrer einheimischen Bourgeoisie und mehrere Parteien . . . haben offen diese Zugehörigkeit zum Ausdruck gebracht, wodurch sie in Widerspruch und Streit zu Moskau gerieten. Um ihren Charakter als in erster Linie Lakaien der einheimischen Bourgeoisie hervorzuheben, geben die Revisionistencliquen offiziell oder privat dem amerikanischen Imperialismus nach wie vor die Versicherung, daß sie die gleiche Politik der Verbindung mit dem Weißen Haus und der Mitgliedschaft in der Nato fortsetzen werden."**

Westdeutscher und USA-Imperialismus

Feinde der Völker Europas

In der letzten Zeit haben die westdeutschen und amerikanischen Imperialisten ihre konterrevolutionäre, gegen die Völker gerichtete Zusammenarbeit weiter intensiviert. Seite an Seite mit dem USA-Imperialismus traten die westdeutschen Imperialisten auf der internationalen Seerechtskonferenz und der Welthandelskonferenz gegen die gerechten Bestrebungen der Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens auf, die für die Verteidigung ihrer nationalen Souveränität, gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus kämpfen. Auch auf der Tagung des Natoministerrats in Oslo bestand zwischen den westdeutschen und amerikanischen Imperialisten volle Einmütigkeit.

So ist es kein Zufall, daß der Vizepräsident der USA, Nelson Rockefeller, bei seinem Besuch in der Bundesrepublik voller Genugtuung feststellen konnte, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen „noch nie so eng wie heute gewesen" sind. Was bedeutet es, wenn Rockefeller in diesem Zusammenhang in Frankfurt erklärte: „Wir glauben auch weiterhin, daß eine starke und auf Zusammenhalt bedachte Nato von entscheidender Bedeutung für die Wahrung unserer gegenseitigen Freiheit ist."? Die Freiheit Rockefellers ist die Freiheit des amerikanischen Imperialismus, die Völker Europas unter seinem Stiefel zu halten, den Faschismus in Spanien und in anderen Ländern zu unterstützen, überall Militärstützpunkte zu unterhalten, sich in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einzumischen, um seine „Verbündeten" seiner Kontrolle und seinem Einfluß zu unterwerfen. Die „Freiheit" Rockefellers, das sind die allseitigen Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Imperialismus gegen den russischen Sozialimperialismus. Rockefeller betonte in Frankfurt die Notwendigkeit des „Zusammenhalts", d.h., die Unterwerfung Westeuropas unter das Diktat des amerikanischen Imperialismus. Angesichts des wachsenden Kampfes der Völker Westeuropas für die Vertreibung des amerikanischen Imperialismus von ihrem Boden, angesichts der Spannungen und tiefen Risse im Natobündnis selbst, setzt der amerikanische Imperialismus noch mehr den westdeutschen Imperialismus für die Verwirklichung seiner aggressiven Politik in Westeuropa in Szene.

Die westdeutschen Imperialisten bleiben nach wie vor treue Lakaien des amerikanischen Imperialismus, die gerade erst der Stationierung von weiteren 4 000 US-Besatzern in Norddeutschland zugestimmt haben. In seiner Rede in Frankfurt trat Kanzler Schmidt für die Anwesenheit und die Verstärkung der amerikanischen Militärstützpunkte in Europa ein. Im Fahrwasser des amerikanischen Imperialismus segelnd, verfolgt der westdeutsche Imperialismus aber auch seine eigenen Ziele. Die unverfrorene Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens und anderer westeuropäischer Länder in der letzten Zeit zeigt dies deutlich genug. All dies zeigt noch klarer die Notwendigkeit, entschlossen den Kampf für die Vertreibung des amerikanischen Imperialismus aus unserem Land und den Sturz des westdeutschen Imperialismus, für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

"The Worker"

Britische Imperialisten raus aus Island!

Auf der Natoministerratstagung in Oslo erklärte der isländische Außenminister unter dem Eindruck des Kampfes des isländischen Volkes, daß sein Land die Mitgliedschaft in der Nato aufkündigen werde, wenn Britannien die Raubfischerei in den isländischen Gewässern nicht einstellt. Kurz zuvor, am 16. Mai, hatten Tausende von Isländern einen Protestmarsch vom Natostützpunkt Keflavik zur Hauptstadt Reijkavik durchgeführt. Sie forderten den Austritt Islands aus dem aggressiven Natopakt und protestierten gegen die Raubfischerei der britischen Imperialisten. „The Worker", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten, veröffentlichte in seiner letzten Ausgabe einen Artikel zur Unterstützung des Kampfes des isländischen Volkes, in dem es unter anderem heißt:

„Der Standpunkt des isländischen Volkes ist mutig und korrekt. . . . Der britische Kapitalismus hat alle vorher formulierten Vereinbarungen vollständig mißachtet. Er fischt in den Laichgründen, für schnellen Profit fischt er die See mit seinen ausgezeichneten Schleppnetzen buchstäblich leer, erschöpft die lebenswichtigen Vorräte an Jungfisch und fängt viel mehr, als auf den Markt gebracht werden kann. . . . In Island hat der Kabeljaukrieg die Forderung nach dem Austritt aus der Nato erneut laut werden lassen. Die USA besitzt in Keflavik einen Militärstützpunkt mit ungefähr 2 500 Militärpersonen. Weit davon entfernt, Island zu beschützen, ermutigen sie im Gegenteil Britannien . . .

Wie immer jedoch auch der Standpunkt der isländischen Regierung sein mag und welche Motive sie auch bewegen mag, es wird immer klarer, daß es einzig und allein die isländische Arbeiterklasse ist, die letzten Endes die Reichtümer des Meeres, von denen ihr Leben abhängt, verteidigen kann. Die Berichte der isländischen Regierung selbst zeigen, daß der isländische Kapitalismus, wie jeder Kapitalismus, Raubfischerei betreibt – er tötet das Huhn, das die goldenen Eier legt. Gleichzeitig werden die Lebensbedingungen der isländischen Arbeiterklasse immer schlechter. . . .

Zwischen dem britischen und dem isländischen Volk gibt es eine lange traditionelle Freundschaft, und wir, die britische Arbeiterklasse, müssen jetzt unsere Verpflichtung einlösen. Ungeachtet der (bürgerlichen – RM) Propaganda gibt es in Britannien große Sympathien für den Standpunkt Islands. Das ist nicht genug. Wir müssen die Forderung stellen: ‚Britischer Imperialismus, sofort raus aus Island!' Wir müssen uns mit der isländischen Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf vereinigen, um unsere jeweiligen Länder im Klassenkampf durch die Revolution zu retten."

Aus aller Welt

NAMIBIA

Das rassistische südafrikanische Regime Vorsters will zwei Mitglieder der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) ermorden. Die beiden Befreiungskämpfer waren von den rassistischen Behörden festgenommen worden, weil sie angeblich bei der Tötung eines afrikanischen Stammeshäuptlings in Namibia beteiligt gewesen sein sollen. Aber selbst das rassistische Gericht, das die beiden zum Tode verurteilte, konnte dafür keine Beweise finden. Es verurteilte deshalb die beiden kurzerhand wegen Zugehörigkeit zur SWAPO zum Tode.

SÜDAFRIKA

Die amerikanischen Imperialisten geben dem südafrikanischen rassistischen Regime weiterhin jegliche erdenkliche Hilfe. So wurde jetzt bekannt, daß der US-Trust General Electric zwei Atomreaktoren an Südafrika liefern wird. Nachdem schon die westdeutschen Imperialisten vor einiger Zeit Südafrika mit Ausrüstungen und Verfahren, die bei der Produktion von Atomwaffen benutzt werden können, versorgt haben, ist die Lieferung von zwei kompletten Atomreaktoren ein weiterer Schritt der südafrikanischen Rassisten auf dem Weg zu Atomwaffen.

SÜDKOREA

In Südkorea hat ein Geheimprozeß des faschistischen Regimes gegen 18 oppositionelle Politiker begonnen. Unter ihnen befindet sich auch Kim Dae-jung, der vor einiger Zeit vom südkoreanischen Geheimdienst aus seinem Exil in Japan entführt worden war. Am Tage des Beginns des Prozesses fand in Seoul eine Kundgebung statt, während der die Polizei 20 Kundgebungsteilnehmer verhaftete.

THAILAND

Die von der Kommunistischen Partei Thailands geführten Volksstreitkräfte haben im Kampf gegen die Regierungstruppen einen neuen Erfolg errungen. Im Süden des Landes überfielen sie ein Ausbildungslager der thailändischen Armee, das der Ausbildung von Soldaten für den Kampf gegen die Befreiungskämpfer dient. Bei dem Gefecht gelang es ihnen, 15 Regierungssoldaten zu töten.

KORSIKA

Auf Korsika hat ein Generalstreik am 17. Mai das öffentliche Leben fast völlig lahmgelegt. Mit diesem Generalstreik protestierte die Bevölkerung gegen einen Prozeß, der an diesem Tag in Paris gegen einen der Führer der Kämpfe des vergangenen Jahres begann. Damals erhob sich die Bevölkerung der Insel gegen ihre besondere Ausplünderung und Unterdrükkung durch die französische Bourgeoisie. Während des Generalstreiks war die Polizei in Korsika in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden.

ARGENTINIEN

In der argentinischen Stadt La Plata hat eine Gruppe von Revolutionären während eines Fußballspiels ein Transparent mit Parolen gegen die faschistische Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung durch die vom USA-Imperialismus an die Macht gehievte Militärjunta entrollt. Als Polizisten das Transparent beschlagnahmen wollten, wurden sie von den Zuschauern angegriffen. Sie gaben daraufhin mehrere Schüsse ab und verletzten einen Zuschauer. Wenig später ließ die Junta die Armee aufmarschieren, riegelte das ganze Stadion hermetisch ab und kontrollierte bei jedem der 30 000 Zuschauer den Ausweis.

AUSTRALIEN

Die Eisenbahner im australischen Bundesstaat Queensland weigern sich seit einiger Zeit, Uranerz aus den Gruben des Landes zu verladen und zu den Verschiffungshäfen zu transportieren. Sie protestieren damit gegen den Ausverkauf australischen Uranerzes an die ausländischen imperialistischen Mächte. Von diesem Streik betroffen sind auch die westdeutschen Imperialisten, die sich einen Teil ihres Uranerzes durch die Ausplünderung der australischen Gruben verschaffen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

SPANIEN

Über 7 000 Menschen demonstrierten am 17. Mai in der Stadt Aranjuez gegen die steigenden Preise, den Mietwucher, die Wohnraumnot und die Erhöhung der Tarife für die Nahverkehrsmittel. Sie forderten zugleich auch die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Polizei des monarcho-faschistischen Juan-Carlos-Regimes ging mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor. Augenzeugen berichten, daß die Polizei mit Gewehrkolben auf Männer, Frauen und Kinder eingeschlagen hat. Unter den Demonstranten gab es zahlreiche Verletzte.

Pressemitteilung der FIS

Die Föderation iranischer Studenten (Landesverband der CISNU) übermittelte uns eine Presseerklärung, in der es unter anderem heißt: „Laut Meldung der iranischen Rundfunkanstalten wurden am 16. 5. 76 elf iranische Freiheitskämpfer in ihren Wohnungen überfallen und kaltblütig ermordet. Eine Woche zuvor meldeten die iranischen Zeitungen die Ermordung der zwei Freiheitskämpfer Garssiwas Brumand und Khosrow Safai, beide ehemalige aktive Mitglieder der CISNU, die wiederholt in der Vorstand des Landesverbandes der CISNU in Italien gewählt wurden. Nur wenige Tage vor diesen beiden Morden meldete die iranische Presse die Erschießung von vier Revolutionären . . . Alle vier wurden von Agenten des SAVAK auf offener Straße erschossen. Alle diese Morde wurden kaltblütig geplant und durchgeführt von Agenten des international berüchtigten iranischen Geheimdienstes SAVAK. Mit blutigem Terror versucht das faschistische Schah-Regime seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Stützt man sich allein auf die durch die iranische Presse verbreiteten Meldungen, so sind seit Beginn des Jahres über 40 iranische Freiheitskämpfer ermordet worden." In der Presseerklärung heißt es weiter, daß es heute im Iran über 100 000 politische Gefangene gibt, die in den Gefängnissen der Folter und unmenschlichen Torturen ausgesetzt sind. Die Föderation iranischer Studenten fordert in diesem Zusammenhang die Entsendung einer internationalen Kommission von Juristen und Medizinern in den Iran, um die Lage der politischen Gefangenen zu untersuchen. Die Föderation iranischer Studenten ruft darüberhinaus alle freiheitsliebenden Menschen und Organisationen auf, ihre Solidarität mit den unterdrückten Freiheitskämpfern im Iran gegen das faschistische Schah-Regime zu verstärken.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien



Türkei



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Palästina

Empörung der Massen über Morde der Zionisten

Auch nach dem 1. Mai setzt die palästinensische Bevölkerung in den Gebieten westlich des Jordan ihren Kampf gegen die zionistischen Besatzer fort. Schon am 7. Mai demonstrierten in den Städten Nablus, Jenin, Ramallah, Jericho und anderen Tausende von Menschen gegen die Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land und gegen die rassistische Besiedelungspolitik der israelischen Zionisten.

Um diese Kämpfe zu unterdrücken griffen die Polizei und die israelischen Soldaten zu Schlagstöcken und Tränengas. Aber die Palästinenser ließen sich nicht einschüchtern. Sie setzten ihre Demonstrationen fort und vor allem die revolutionären Jugendlichen beantworteten den Terror der Besatzer mit revolutionärer Gewalt. Immer wieder griffen sie die Polizei- und Armeeinheiten an, bauten Barrikaden und wehrten sich mit Stöcken und Steinen. Mehrmals eröffneten die zionistischen Besatzungstruppen das Feuer auf die kämpfenden Jugendlichen und ermordeten innerhalb einer einzigen Woche zehn von ihnen, darunter auch ein siebzehnjähriges Mädchen. Aber diese Morde weckten die Empörung und den Zorn der palästinensischen Bevölkerung nur noch mehr. Jedes Begräbnis der ermordeten Jugendlichen wurde zu einer weiteren großen Demonstration, an der sich tausende von Menschen beteiligten.

Der Kampf der Massen in den Gebieten westlich des Jordan, der schon seit Monaten ununterbrochen anhält, versetzt das zionistische Regime in Tel Aviv in immer größere Bedrängnis. Es ist deshalb kein Zufall, daß es jetzt ohne den Terror und seine allseitigen Kriegsvorbereitungen gegen die arabischen Staaten auch nur einen Moment abzuschwächen, seine angebliche Friedensbereitschaft beteuert und Fühler zu solchen arabischen Reaktionären wie dem jordanischen König Hussein ausstreckt, um über „friedliche Lösungen" zu verhandeln. Alle diese Aktivitäten der israelischen Zionisten entsprechen den konterrevolutionären Plänen der beiden Supermächte, des amerikanischen Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus und sind mit ihnen koordiniert. Beide Supermächte wollen, in ihrem Streben nach der Weltherrschaft, ihren Einfluß im Mittleren Osten ausdehnen, die Länder unter ihre Kontrolle bringen und die Völker versklaven. Für beide ist der revolutionäre Kampf des palästinensischen Volkes das größte Hindernis bei der Verwirklichung ihrer Pläne in diesem Gebiet. Deshalb unterstützen sie beide den israelischen Zionismus, den Vorposten der Reaktion und des Imperialismus im Mittleren Osten. Nach wie vor liefern die amerikanischen Imperialisten Dollars und Waffen in großen Mengen, während die russischen Sozialimperialisten, die die Menschen liefern, die diese Waffen bedienen und das Land besiedeln, das den Palästinensern geraubt wird. Gleichzeitig propagiert jede der beiden Supermächte ihre Pläne über Konferenzen, mit deren Hilfe das „Palästinaproblem" angeblich friedlich gelöst werden könne. Welche Absichten verfolgen sie damit? „Zeri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, schreibt in seiner Ausgabe vom 15. Mai: **„Was den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus betrifft, versuchen sie beide mit allen Mitteln dem palästinensichen Volk mit der Stärke Israels Angst einzujagen, seinen gerechten Kampf in die Sackgasse einer sogenannten ‚friedlichen' Lösung zu führen, auf den Weg der Zugeständnisse und Kompromisse und so in den Reihen des palästinensischen Volkes Pessimismus zu erzeugen, Mißtrauen in die eigenen Kräfte, Defaitismus und den Geist der Kapitulation. Sie tun das, um dieses Volk in einen Schacher hineinzuziehen, bei dem sie sich bereits ihre schmutzigen Profite ausgerechnet haben."**



Die Beerdigung der ermordeten Jugendlichen wird zur Demonstration gegen den Zionismus

Eine besonders üble Rolle spielen bei diesen Komplotten die modernen Revisionisten der „K"P Israels. Die revisionistische Zeitung „UZ" veröffentlichte gerade einen Redebeitrag des Generalsekretärs der israelischen Zionisten im israelischen Parlament, in der ihr Verrat am revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes klar zum Ausdruck kommt. Der revisionistische Generalsekretär erklärte: „Es ist ein legitimes Recht, gegen fremde Okkupation zu protestieren, zu streiken und zu demonstrieren . . . Dies gilt auch für das palästinensische Volk, welches die Respektierung seiner nationalen Rechte, einschließlich seines Rechts auf einen souveränen Staat Seite an Seite mit Israel in den Grenzen von 1967 fordert."

Das palästinensische Volk fordert aber keinen Teilstaat. Es kämpft für die Rückkehr in seine ganze Heimat, es kämpft gegen den zionistischen Staat, um auf seinen Trümmern einen neuen Staat zu errichten, „in dem", wie Yassir Arafat der Führer der PLO 1974 vor der UNO sagte, „Christ, Jude und Moslem unter gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben können." Die Propaganda der modernen Revisionisten dient nur den israelischen Zionisten und ist Bestandteil des Schachers, zu dem die russischen Sozialimperialisten das palästinensiche Volk verleiten wollen.

Das palästinensische Volk gibt seine Antwort auf dem Schlachtfeld. Anstatt sich auf faule Kompromisse und den Schacher der Supermächte einzulassen, verstärkt es seinen bewaffneten Kampf. Auf diesem Weg, im Vertrauen auf seine eigenen Kräfte, ist es in der Lage, alle seine Feinde zu besiegen und seine grossen Ziele zu verwirklichen.

Türkei

Kampf gegen faschistischen Terror

Seit Anfang des Jahres sind in der Türkei Dutzende von revolutionären Jugendlichen, vor allem Studenten, ermordet worden. Ihre Mörder sind faschistische bewaffnete Banden, die oft von ehemaligen oder noch aktiven Generälen der türkischen Armee geführt werden.

Banden, die auf allen möglichen Wegen von der Regierung der „Nationalistischen Front" (MC) mit Geld und Waffen versorgt werden, die frei und ungehindert operieren können und deren Verbindungen bis zum CIA, dem berüchtigten amerikanischen Geheimdienst reichen. Zu den Mördern der revolutionären Jugendlichen gehört aber auch die türkische Polizei, die ihrerseits eng mit den faschistischen Banden zusammenarbeitet.



Tausende demonstrieren in Ankara gegen den Faschismus

Der faschistische Terror ist die Antwort der Ausbeuterklassen der Türkei, der Feudal- und Großbourgeoisie und ihrer imperialistischen Oberherren, vor allem des amerikanischen Imperialismus auf den Aufschwung des revolutionären Kampfes der Jugend aber auch der Bauern und Landarbeiter in den weiten ländlichen Gebieten und der Arbeiter in den Industriezentren des Landes. Unter den Losungen: „Arbeit! Land! Freiheit! Schluß mit dem Faschismus!" und „Weder Amerika noch Rußland, für eine unabhängige Türkei!", die von den revolutionären Zeitungen „Halkin Sesi", „Aydinlik" und anderen ausgegeben wurden, organisierten die Jugendlichen in vielen Städten große Demonstrationen. Unter diesen Losungen stand auch der Protestmarsch der Revolutionäre nach Istanbul, der vor allem auf die Bauern, die diesen Zug sahen, großen Eindruck machte.

Der konterrevolutionäre Terror, die Morde, die Verhaftungen, die Unterdrückung der revolutionären Presse, die Folter in den Gefängnissen, über die inzwischen sogar schon die türkische bürgerliche Presse berichtet, können die Entschlossenheit der Jugendlichen, den Kampf weiterzuführen, nicht brechen. Als die Polizei in der Provinzstadt Malatya drei revolutionäre Jugendliche erschoß, machten über 1 000 Menschen ihr Begräbnis zu einer Demonstration gegen Imperialismus und Faschismus. Die Polizei scheute sich nicht, auch diesen Trauerzug zu überfallen, das Feuer zu eröffnen und einen weiteren Jugendlichen zu ermorden. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich auch in anderen Städten. Einer der Höhepunkte des Kampfes war die „Kundgebung der Mütter" am 31. Januar in Ankara. An dieser Kundgebung beteiligten sich über 5000 Menschen, die überwiegende Mehrheit unter ihnen Frauen. Während der Kundgebung sprachen zahlreiche Mütter ermordeter Jugendlicher und erklärten ihre Entschlossenheit, den Kampf ihrer Söhne fortzusetzen. Die Polizei hatte die Straßen zum Kundgebungsplatz hermetisch abgeriegelt, während der Kundgebung fuhren fünf Panzer auf.

„Die Frau Anatoliens", erklärte eine der Mütter, *„hat begriffen, daß sie nicht glücklich wird, bevor sie selbständig ist, sich von den Imperialisten und deren Helfershelfern befreit. Sie hat sich mit diesem Glauben dem Kampf angeschlossen. Sie* (die Faschisten-RM) *töten unsere Kinder, weil sie gegen den Imperialismus und Faschismus, für ein unabhängiges Vaterland, eine unabhängige und glückliche Türkei kämpfen. Wir müssen die Mütter sein, die im Freiheits- und Befreiungskampf an der Seite ihrer Kinder kämpfen."*

Nordirland

Bomben gegen die britischen Besatzer

Die Bevölkerung von Nordirland und die nordirischen Patrioten verstärken ihren Kampf gegen die britischen Imperialisten immer mehr. Die breiten werktätigen Massen organisieren häufig Streiks und Demonstrationen, um den sofortigen Abzug der britischen Besatzertruppen zu verlangen. Gleichzeitig bringt der bewaffnete Kampf der nordirischen Patrioten die britischen Besatzer in immer größere. Bedrängnis.

In der letzten Zeit konzentrieren sich die Angriffe der Patrioten vor allem auf die britischen Militär- und Polizeistreifen, die in die Häuser eindringen, Wohnungen durchsuchen, Verhaftungen vornehmen – die Menschen in den Armenvierteln der Städte unterdrücken und terrorisieren. Am Wochenende des 15. und 16. Mai gelang es den Patrioten innerhalb von 48 Stunden bei ihren bewaffneten Aktionen fünf brische Polizisten zu töten. Damit stieg die Zahl der Toten und Verwundeten auf seiten der britischen Besatzer und ihrer Lakaien in diesem Jahr auf weit über 200. Die Patrioten greifen auch militärische und zivile Objekte des Feindes an. Anfang Mai zündeten sie in der Hauptstadt Belfast in einer Nacht sieben Bomben und zerstörten zwei große von den Besatzern rege besuchte Hotels. Trotz der starken Konzentration der britischen Polizei- und Armeeinheiten in Belfast, trotz der Absperrung der ganzen Innenstadt durch einen drei Meter hohen Sperrzaun, operieren die Patrioten ständig in der Stadt. In Belfast wurden in letzter Zeit drei Militärzentren angegriffen, eine Tankstelle zerstört und ein Elektrizitätswerk in die Luft gejagt. Im nördlichen Teil Belfasts sprengten die Patrioten ein Rekrutierungszentrum der britischen Besatzer in die Luft. Ähnliche Aktionen wurden auch in anderen Städten und Gegenden Nordirlands durchgeführt.

Die britischen Imperialisten haben ihre Truppen in höchste Alarmbereitschaft versetzt und eine Geheimkonferenz ihres Statthalters in Nordirland mit den Chefs der Polizei und der Armee löst die andere ab. Aber was die britischen Imperialisten auch unternehmen, es gelingt ihnen nicht, den Freiheitskampf zu unterdrücken.

Um den Freiheitskampf zu unterdrücken und abzuwürgen, haben auch die britischen und nordirischen Revisionisten eine große Hetzkampagne gestartet, in der sie die nordirischen Patrioten als „Terrororganisationen" verleumden und dazu aufrufen, die Waffen aus der Hand zu legen. Sie verbreiten die Lüge, daß die bewaffneten Aktionen den britischen Imperialismus zu einer Verstärkung der Unterdrückung „provozieren", während die Einstellung dieser Aktionen den Weg zu einer „friedlichen Lösung" bahnen würde. Die britischen und nordirischen Revisionisten zeigen damit, daß sie auf der Seite des britischen Imperialismus stehen, der Nordirland ausplündert und als seine Kolonie betrachtet. In der jahrhundertelangen Geschichte des Freiheitskampfes des irischen Volkes gegen die englischen Besatzer, hat sich das Volk davon überzeugen können, daß der britische Imperialismus sich niemals „friedlich" aus Nordirland zurückziehen wird. Im Gegenteil. Sobald das Volk die Waffen niederlegt, sobald die Patrioten den Weg der Kompromisse und des Pazifismus beschreiten, verstärkt er seine Herrschaft über das Land. Die nordirischen Patrioten werden sich deshalb immer mehr bewußt, daß sie den Besatzern nur durch den standhaften bewaffneten Kampf immer größere Niederlagen bereiten können.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
		38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Wahlen in den USA

Betrugsspektakel des Monopolkapitals

Zur Zeit laufen in den USA die Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen im Herbst auf Hochtouren. Doch die Wahlen sind kein Ausdruck der Freiheit und Demokratie des amerikanischen Volkes, wie es in der bürgerlichen Propaganda immer behauptet wird, sondern sie sind eines der größtangelegtesten Spektakel und Betrugsmanöver, sie spiegeln die Verrottung und Verfaultheit des US-Imperialismus wieder.

Der US–Imperialismus befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Das Vertrauen der Bevölkerung in dieses System und in die Regierung ist stark angeschlagen. Mit einem enormen Wahlrummel, mit Festen, Veranstaltungen, mit Millionen Dollarausgaben und einer riesigen Wahlmaschinerie versuchen die Parteien und ihre Kandidaten sich die Stimmen der Bevölkerung zu erschleichen.

Demoskopische Institute untersuchen zu diesem Zweck die Meinungen der Bevölkerung. Die Beraterstäbe arbeiten genaustens aus, wie und mit welcher Masche die Kandidaten auftreten müssen. Bewußt sind von den Parteien solche Kandidaten aufgestellt worden, die übelste Demagogen sind, und die mit ihrem Rummel und ihren Sprüchen bei der Bevölkerung auf Stimmenfang gehen sollen.

So verspricht Ford jetzt Ordnung, Ruhe und Stabilität, vernichtet Bilder auf denen er nicht entschlossen genug aussieht. Ronald Reagan von den Republikanern ist ehemaliger Schauspieler, ein abgehalfterter Revolverhelddarsteller vieler Hollywood–Western, der behauptet, die USA sei die „letzte Insel der Freiheit" in einer von roten Haien bedrohten Welt. Er ist ein übler Faschist, der schon die Todesstrafe für Kommunisten gefordert hat. Jimmy Carter, der angebliche Erdnußfarmer, verspricht eine Regierung „so aufrichtig, so fair, so voller Mitgefühl und so voller Liebe wie unsere Menschen". Dazu verteilt er dann Erdnußpäckchen mit seinem Bild. Schon morgens in der Früh belästigt Carter die Arbeiter am Betriebstor: „Hallo, mein Name ist Jimmy Carter, ich werde Ihr nächster Präsident sein." Er behauptet: „Wenn ich Euch jemals belüge oder Euch irreführe, dann stimmt bitte nicht für mich." Demnach dürfte er überhaupt keine Stimme bekommen.

Mit welchen Mitteln bei diesen Wahlen vorgegangen wird, das hat die Watergate–Affäre deutlich gezeigt, selbst vor kriminellen Handlungen wird nicht zurückgeschreckt, und das ist nur die Spitze vom Eisberg. Während sich Reagan als Revolverheld in Pose stellt, spielt Ford den fröhlichen Präsidenten inmitten einer Trachtengruppe. Jimmy Carter läßt sich schuftend auf seiner Farm fotografieren, auf der er keinen Finger rührt. Carter, der sich auch als Sonntagsprediger präsentiert, behauptet er spreche 25 mal am Tag mit Gott, von dem er sich seinen Rat hole. Wer sein Gott ist, von dem er sich Rat holt, das läßt sich leicht feststellen. Das sind wichtige Größen aus der Politik, dem Monopolkapital, dem Militär und dem Gewerkschaftsapparat, wie Leonard Woodcock, Boß der Automobilgewerkschaft, wie Henry Ford II von der Ford-Motors-Company usw. Und solche Herren sind auch die „Götter" der anderen Kandidaten. Sie finanzieren über die Parteien diesen ganzen Betrug, und die breitlächelnden Kandidaten sind nichts anderes als korrupte Gallionsfiguren. Dafür werden Ford, Reagan, Carter oder Old Bubbleface, wie Humphrey genannt wird, gegen die Interessen des Volkes die Politik des Monopolkapitals betreiben. Dieses Wahlkampfschauspiel zeigt, wie verrottet der US-Imperialismus ist, und das amerikanische Volk wird das immer klarer erkennen und diese Demagogen letztendlich auf den ihnen gebührenden Platz treiben, nämlich mitsamt des imperialistischen Systems auf den Misthaufen der Geschichte.



Ronald Reagan, vom Revolverhelden zum Präsidenten?

Tiefflugzone Bundesrepublik

Durch den Zusammenstoß einer „Phantom" der Luftwaffe mit einem Sportflugzeug in der vergangenen Woche ist herausgekommen, daß die westdeutschen Imperialisten den Luftraum über der gesamten Bundesrepublik zur Tiefflugzone für die Flugzeuge der Bundeswehr und der amerikanischen Besatzer erklären lassen wollen.

Künftig sollen die Kampfflugzeuge „Starfighter", „Phantom" und der neue „Tornado" (MRCA) ungehindert in einer Höhe zwischen 150 und 400 Metern über die Äcker, Dörfer und Städte jagen können. Was das bedeutet, weiß jeder, der in der Nähe der Einflugschneisen der großen Flughäfen, von Flugplätzen der Luftwaffe bzw. in den schon heute für den Tiefflug freigegebenen Gebieten wie Ostfriesland wohnt. Die Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung und vor allem der Schock, den ein fast mit Schallgeschwindigkeit im Tiefflug heranjagendes Flugzeug hervorruft, sind so groß, daß sie bei den Menschen in den betroffenen Gebieten schwere gesundheitliche Schäden hervorrufen. Untersuchungen haben z.B. ergeben, daß die Zahl der Kleinkinder und Jugendlichen mit schweren nervösen Störungen in den Tieffluggebieten erheblich größer ist als anderswo. Ähnliche Erscheinungen sind auch bei Erwachsenen festgestellt worden.

Die Ausdehnung der Tiefflugzone über die gesamte Bundesrepublik hängt eng mit der Einführung des neuen Kampfflugzeuges „Tornado" (MRCA) zusammen. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums soll die „Tornado" vor allem dazu ausgerüstet werden, im Tiefstflug gegnerische Radarketten und Luftabwehr zu unterfliegen. Sie wird deshalb mit einer speziellen Automatik ausgerüstet, die das Flugzeug automatisch über „Berge und Bäume, Hecken und Häuser springen" lassen soll. Der zuständige Generalmajor Obleser sprach deshalb bereits von einem „Trainingsaufwand, der über das der gegenwärtigen Einsatzflugzeuge weit hinausgeht." Schon jetzt ist klar, daß solche Übungsflüge nicht nur für die Piloten, sondern auch für die Menschen in den betroffenen Gebieten außerordentlich gefährlich sind. Offen gibt das Bundesverteidigungsministerium zu, daß die Tiefstflugautomatik noch „weitgehend unerprobt" ist. Jeder Fehler, jeder Ausfall der Automatik führt aber sofort zum Absturz. Dazu kommt die ausserordentlich hohe körperliche und psychische Belastung der Piloten im Tiefstflug. Einmal müssen die Piloten blindes Vertrauen in die Automatik haben, zum anderen kann es bei den ruckartigen Lageveränderungen des Flugzeuges zu „vorübergehenden Seh- und Bewußtseinsstörungen" kommen. Ein Pilot: „Ich weiß nicht, ob ich das aushalten werde. Ich käme mir im MRCA wahrscheinlich vor, wie ein auf eine Rakete geschnallter Selbstmordkandidat."

Die Ausdehnung der Tiefflugzone und die Beschaffung des MRCA, die die riesige Summe von 3,5 Mrd. DM verschlingen wird, sind Bestandteil der Vorbereitung der Bundeswehr auf einen imperialistischen Krieg. Entsprechend der Taktik der „verbrannten Erde" soll das MRCA ganze Landstriche vollständig verwüsten. Es wird deshalb nicht nur mit Kanonen und Raketen, sondern auch mit Tausenden Kleinstbomben und Kleinstminen, mit amerikanischen Napalm-, Schütt- und Kugelbomben, die beim Aufprall Tausende Geschosse verschiedenen Kalibers verspritzen, ausgerüstet. Die Wirkung kommt einer kleinen Atombombe gleich. Die Verwüstung ganzer Landstriche unseres eigenen und fremder Länder zu üben, das ist der Zweck, den die westdeutschen Imperialisten mit der Ausdehnung der Tiefflugzone über die ganze Bundesrepublik verfolgen.

Umweltverschmutzung

Der Trick des Professor Grigull

Die Umweltverschmutzung ist ein Problem, das den Ärger und die Empörung jedes Werktätigen hervorruft. Die Flüsse sind vollkommen von den Abwässern der Industrie vergiftet, so daß man im Rhein schon fast Filme entwickeln kann. Die Luft wird mit allen möglichen Abgasen, wie Schwefeldioxyd usw., besonders in den Industriezentren verseucht.

Technische Universität München
Lehrstuhl und Institut A für Thermodynamik
Prof. Dr.-Ing. U. Grigull

Diplomvorprüfung aus Thermodynamik I / WS 1971/72
I. Teil

2. Aufgabe

Ein Hüttenwerk will 6000 m^3/h Abgas von 1 bar und 376 °C, das aus N_2, CO_2 und SO_2 besteht, in die Atmosphäre leiten. (Zusammensetzung des Abgases in Volumenteilen: $\gamma_{N_2} = 0{,}78$, $\gamma_{CO_2} = 0{,}13$, $\gamma_{SO_2} = 0{,}09$). Da die behördlichen Verordnungen nur einen SO_2-Gehalt im Abgas von 3 Vol-% erlauben, soll dem Abgasstrom Luft vom Umgebungszustand 1 bar und 20 °C beigemischt werden.

(N_2:K = 1,4 ; $M = 28 \frac{kg}{kmol}$; CO_2:K = 1,3 ; $M = 44 \frac{kg}{kmol}$;
SO_2:K = 1,27 ; $M = 64 \frac{kg}{kmol}$; Luft:K = 1,4 ; $M = 28{,}96 \frac{kg}{kmol}$)

2.1. Wieviel Schwefeldioxid (kg/h) wird der Atmosphäre zugeführt?

2.2. Wieviel Luft (kg/h) muß dem Abgas beigemischt werden, damit der SO_2-Gehalt nur noch 3 Vol-% beträgt?

Der kapitalistische Staat gibt vor, mit Gesetzen und Verordnungen gegen die Umweltverschmutzer vorzugehen, wobei der Bevölkerung in unverschämter Weise sogar noch selbst die Schuld gegeben wird. Da wird einem sogar gleich ein Verwarnungsgeld abgeknöpft, wenn man einmal eine Zigarettenschachtel fallen läßt. Den Kapitalisten wird zwar mit hohen Geldstrafen gedroht, aber bestraft wird kaum einer, und die Kapitalisten haben unter anderem auch mit Hilfe der „Wissenschaft" entsprechende Wege gefunden, wie sie angeblich ihre eigenen Verordnungen einhalten – und gleichzeitig doch ihren Dreck in die Luft blasen können. Einer dieser „Wissenschaftler" ist auch der Münchener Professor Dr.-Ing. U. Grigull. In einer Diplomvorprüfung stellt er seinen Studenten folgende Aufgabe. Ein Hüttenwerk will 6 000 ccm Abgas in die Atmosphäre leiten und er gibt auch die Zusammensetzung der Abgase an. Er schreibt dann: „Da die behördlichen Verordnungen nur einen SO_2 Gehalt (Schwefeldioxyd) im Abgas von 3 Vol-% erlauben, soll dem Abgasstrom Luft vom Umgebungszustand beigemischt werden." „Wieviel Luft muß dem Abgas beigemischt werden, damit der SO_2-Gehalt nur noch 3 Vol-% beträgt?" Es geht also gar nicht darum, die 3 Vol-% einzuhalten und zu verhindern, daß die Abgase die Luft verseuchen, sondern unter dem Schein der Wissenschaftlichkeit auszurechnen, wie die Verordnungen am geschicktesten zu umgehen sind. Es wird deutlich, was hinter der angeblichen Sorge der Kapitalisten und den wissenschaftlichen Arbeiten und Untersuchungen für die Reinhaltung der Umwelt steckt. Der Umweltschutz ist für sie ein lästiges Übel, ein Unkostenfaktor. Mit angeblichen Schutzmaßnahmen und „wissenschaftlichem" Getue soll die Bevölkerung beruhigt werden. Für die Kapitalistenklasse sind einzig und allein ihre Profite entscheidend.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600—465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 34. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

—Anzeige—

ROTER MORGEN

1967–1969

3 Jahrgänge in einem Band
350 Seiten, Preis 30,– DM

Bestellungen an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2Hamburg 11
Postfach 11 16 49
Tel.: 040/4 10 17 36
Pschkto: Hmb 1935 72-207